

23. Sitzung
am Dienstag, dem 17. März 2009

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	949
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	949

Fragestunde

1. Lehrerstreik Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Februar 2009	949
2. Baustellen in der Neustadt Anfrage der Abgeordneten Frau Möbius, Pohlmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 19. Februar 2009	950
4. Verkehrssicherheit im Bereich Vinnenweg/Rockwinkeler Heerstraße Anfrage der Abgeordneten Focke, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. März 2009	951
5. Breminale 2009 Anfrage der Abgeordneten Senkal, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 10. März 2009	953

Aktuelle Stunde	954
------------------------------	-----

Bebauungsplan 2365 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Pastorenweg, Luchtbergstraße, Dockstraße und dem Grundstück der Kindertagesstätte Pastorenweg 110 Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2009 (Drucksache 17/283 S)	954
Bebauungsplan 2395 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe östlich Robert-Hooke-Straße und nördlich Linzer Straße Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2009 (Drucksache 17/284 S)	954
Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau und Verkehr	955
Ortsgesetz zur Änderung ortsentwässerungsrechtlicher Vorschriften Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009 (Drucksache 17/285 S)	
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	955
Abg. Dennhardt (SPD)	956
Abg. Imhoff (CDU)	957
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	957
Abg. Rupp (DIE LINKE)	957
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	958
Senator Dr. Loske	958
Abg. Imhoff (CDU)	959
Abstimmung	959
Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 97. Änderung - Mahndorf - (Windkraft Bremer Kreuz) Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009 (Drucksache 17/286 S)	
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	959
Abg. Hamann (SPD)	960
Abg. Imhoff (CDU)	961
Abg. Rupp (DIE LINKE)	961
Abg. Richter (FDP)	961
Abstimmung	962

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001
85. Änderung**

Walle (Bayernstraße)

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009

(Drucksache 17/287 S) 962

Bebauungsplan 2331

für ein Gebiet in Bremen-Walle

**zwischen Kemptener Straße, Autobahnzubringer Überseestadt, Grundstück
Bernauer Straße 5, Bernauer Straße, ehemaligem Kuhkampsweg und
Rosenheimer Straße (südöstlich Flurstück VR 12, 55/6)**

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009

(Drucksache 17/288 S) 962

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 70

(Vorhaben- und Erschließungsplan)

**für den Bau des Medicum in Bremen-Schwachhausen (Grundstücke
Schwachhauser Heerstraße/Lüder-von-Bentheim-Straße)**

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009

(Drucksache 17/289 S) 962

**Ortsgesetz zur Änderung der Verordnung über die Neuordnung der
stadtbremischen Verwaltungsbezirke und des Ortsgesetzes über Beiräte
und Ortsämter**

Mitteilung des Senats vom 10. März 2009

(Drucksache 17/293 S) 963

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 10. März 2009

(Drucksache 17/294 S) 963

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 20
vom 10. März 2009**

(Drucksache 17/295 S) 963

Brillkreuzung umgestalten: Innenstadt aufwerten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. März 2009

(Drucksache 17/296 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 964

Abg. Pohlmann (SPD) 965

Abg. Richter (FDP)	965
Abg. Rupp (DIE LINKE)	966
Abg. Focke (CDU)	967
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	967
Senator Dr. Loske	968
Abstimmung	969

Verzicht auf die Errichtung einer Windkraftanlage auf dem Gelände der Kläranlage Bremen-Seehausen

Antrag der Fraktion der CDU
 vom 17. März 2009
 (Drucksache 17/304 S)

Abg. Focke (CDU)	970
Abg. Pohlmann (SPD)	970
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	972
Abg. Rupp (DIE LINKE)	973
Abg. Richter (FDP)	974
Abg. Focke (CDU)	974
Abg. Pohlmann (SPD)	975
Senator Dr. Loske	975
Abstimmung	977

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Erlanson, Frau Möbius, Frau Dr. Spieß, Frau Stahmann, Woltemath.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens****Schritfführerin Marken**

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 23. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe vom Institut für Berufs- und Sozialpädagogik. Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Verzicht auf die Errichtung einer Windkraftanlage auf dem Gelände der Kläranlage Bremen-Seehausen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 17. März 2009, Drucksache 17/304 S.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit dieses Antrags herbeiführen.

Wer mit der dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Punkt zum Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung

Freie Fahrt fürs Klima: Autofreier Tag 2009
Mitteilung des Senats vom 17. März 2009
(Drucksache 17/305 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der April-Sitzung.

II. Kleine Anfrage gemäß Paragraf 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Situation des Tierheims Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Februar 2009

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar erstens zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 11 und zweitens zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen fünf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die dritte Anfrage wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Lehrerstreik**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele angestellte und wie viele beamtete Lehrkräfte haben sich am Streik am Freitag, dem 13. Februar 2009, beteiligt, und wie viele Unterrichtsstunden sind absolut und im Verhältnis zum Regelschulbetrieb dadurch ausgefallen?

Zweitens: Wie wurde die Aufsicht und Betreuung insbesondere jüngerer Schülerinnen und Schüler sichergestellt?

Drittens: Wie beurteilt der Senat den Umstand, dass beamtete Lehrkräfte sich an diesem Streik beteiligt haben, welche Sanktionsmaßnahmen

sind beamtenrechtlich möglich und welche Sanktionsmaßnahmen wird der Senat ergreifen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Am 13. Februar 2009 haben sich insgesamt 318 angestellte Lehrkräfte und 800 beamtete Lehrkräfte an Streikaktionen beteiligt. Dadurch sind insgesamt 2 489 Unterrichtsstunden ausgefallen. Dies entspricht circa 12 Prozent des normalerweise an einem Freitag stattfindenden Regelunterrichts.

Zu Frage 2: Durch entsprechende organisatorische Maßnahmen wurde sichergestellt, dass insbesondere im Grundschulbereich alle anwesenden Schülerinnen und Schüler beaufsichtigt und betreut wurden. Nach Kenntnis des Senats musste keine Schülerin und kein Schüler nach Hause geschickt werden.

Zu Frage 3: Der Beamtenstreik ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungs- und des Bundesverwaltungsgerichts rechtswidrig. Das Verbot kollektiver wirtschaftlicher Kampfmaßnahmen für Beamte resultiert aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums in Artikel 33 Grundgesetz.

Wer sich dennoch an illegalen Arbeitsk Kampfmaßnahmen beteiligt, verstößt gegen seine beamtenrechtlichen Pflichten und begeht damit ein Dienstvergehen. Beamtenrechtliche Folge ist daher die Einleitung von Disziplinarverfahren. Die konkret zu verhängende Disziplinarmaßnahme hängt vom jeweiligen Einzelfall ab. Zudem werden in allen Fällen für die Zeit des schuldhaften Fernbleibens vom Dienst ohne Genehmigung die Dienstbezüge nach Paragraf 9 Bundesbesoldungsgesetz gekürzt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, ist die Zahl 100 000 Euro, die man als Summe für einzu-behaltende Löhne am Sonntag in einer Zeitung nachlesen konnte, korrekt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das kann ich so nicht bestätigen, das müsste man berechnen, es kommt ja auf die Durchschnittssätze an. Es wird sicherlich eine grobe Schätzung sein, weil man ja

jeden einzelnen Beamten noch einmal einschätzen muss, was seine Unterrichtsstunde wert ist. Insofern wird es in etwa hinkommen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Eine letzte Zusatzfrage! Frau Senatorin, haben Sie Erkenntnisse darüber, ob sich auch Mitglieder von Schulleitungen an den Streikmaßnahmen beteiligt haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Darüber habe ich keine Erkenntnisse.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Baustellen in der Neustadt**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Möbius, Pohlmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Pohlmann!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Straßenbaumaßnahmen sind 2009 im Beiratsbereich Neustadt geplant?

Zweitens: Wann wird der Beirat Neustadt mit der Terminplanung für die Baustellen befasst werden?

Drittens: Wann und in welcher Form werden Beirat sowie Bürgerinnen und Bürger über die Baustellen und eventuell veränderte Verkehrslenkungen informiert?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die folgenden Straßen- und Brückenbaumaßnahmen sind zurzeit geplant: Umbau Gastfeldstraße, Pappelstraße, Duckwitzstraße; Unterhaltungsarbeiten in der Kreuzung Woltmershauser Straße/Friesenwerder; Asphaltierungsarbeiten in der Friedrich-Ebert-Straße, der Neuenlander Straße, der B 75/B 6, dem Neuenlander Ring, der Senator-Apelt-Straße und dem Zubringer Arsten; Brückenbauarbeiten auf der Stephani-Brücke, der Grollander Hochstraße, der Brücke vor dem Neustadtsbahnhof, der Bürgermeister-Smidt-Brücke und der Wilhelm-Kaisen-Brücke;

Kanalbaumaßnahmen in der Langemarckstraße, in der Sedanstraße, der Neustadtscontrescarpe und der Bachstraße.

Zu Frage 2: Eine Terminplanung ist abhängig zum Beispiel von den Fristen der jeweiligen Ausschreibung. Vor diesem Hintergrund ist eine zeitliche Festlegung aller Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Deshalb wird der Beirat Neustadt rechtzeitig, spätestens aber circa vier Wochen vor Baubeginn, über den Ortsamtsleiter über die einzelnen Baustellen und deren terminlichen Ablauf informiert.

Zu Frage 3: In Abstimmung mit dem Ortsamtsleiter und dem Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa hat der Beirat die Möglichkeit, sich über die Baustellen, deren Umfang, die Bauzeit und die dadurch veränderte Verkehrslenkung zu informieren.

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger werden über Handwurfzettel, Pressemitteilungen und Rundfunkdurchsagen über den Umfang, die Bauzeit und die für sie entstehenden Einschränkungen informiert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Ich würde gern auf die Beantwortung der Frage 2 zurückkommen, wo Sie ausführen, dass es nicht möglich sei, eine genaue Terminplanung vorzulegen, weil sie abhängig von den Fristen der Ausschreibung sei. Können Sie sich nicht vorstellen, dass es auch eine Frage der Baustellenplanung und daraus resultierend auch der Ausschreibungen für die entsprechenden Firmen ist, dass es so koordiniert werden könnte, dass gerade die Anliegen, die in der Vergangenheit zu sehr viel Kritik, insbesondere von Geschäftsleuten in der Neustadt, geführt haben, vermindert werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich ist es so, dass dieser Katalog sehr frühzeitig zur Kenntnis gegeben wird. Er ist als Mail verteilt worden, unter anderem an die Ortsämter, die Polizei, die Handelskammer, die Wirtschaftsverbände, die Bauindustrie Bremen und Niedersachsen, den Landesverband Verkehrsgewerbe, den ADAC und die Bau-deputierten. Sie erinnern sich an die letzte Sitzung und den dicken Umschlag. Natürlich bemühen wir uns - das kann ich für das Amt für Straßen und Verkehr sagen -, die Friktionen in äußerst engem Rahmen zu halten und deshalb eine Optimierung der Planung vorzunehmen. Trotzdem gibt es im-

mer gewisse Unwägbarkeiten. Wir versuchen, diese Unwägbarkeiten, soweit es in unserer Kraft steht, in äußerst engen Grenzen zu halten.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Das Ansinnen ist zu unterstützen, Herr Senator, aber trotzdem noch einmal eine Nachfrage. Es betrifft auch Berufspendler, das ist kein geringer Verkehrsanteil, die Frauen und Männer, die auf diese Durchfahrt in der Neustadt angewiesen sind. Wie werden sie denn informiert? Das ist ja auch ein großes Ärgernis vor Ort im Stadtteil, wie man die Verkehrswegungen auch in dem Großbereich Neustadt durchfahren kann.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Baustellen, die die Verkehre beeinflussen, beispielsweise Vollsperrungen, Engengungen von Hauptverkehrsachsen, das meinen Sie ja, oder Baustellen von längerer Dauer werden grundsätzlich den Ortsamtsleitern gemeldet. Es wird angeboten, den Anwohnern und ansässigen Kaufleuten die Baustellen in einer Ortsamts-sitzung ausführlich zu erklären. Bei größeren Baustellen, wie es beispielsweise der Leibnizplatz oder die Bauarbeiten am Buntentorsteinweg gewesen sind, finden regelmäßige Baubesprechungen vor Ort statt, zu denen auch Vertreter von Interessengemeinschaften und das Ortsamt eingeladen werden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die „**Verkehrssicherheit im Bereich Vinnenweg/Rockwinkeler Landstraße**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Focke, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Verkehrssicherheit im Kreuzungsbereich Vinnenweg/Rockwinkeler Landstraße?

Zweitens: Welche Schritte beabsichtigt der Senat einzuleiten, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu verbessern?

Drittens: Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, in diesem Zusammenhang eine Ampel zu errich-

ten beziehungsweise die bestehende Ampel zu versetzen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Rockwinkeler Landstraße ist eine wichtige Hauptverkehrsstraße und aufgrund ihrer Verbindungsfunktion verkehrlich höher belastet. Der Abstand vom Einmündungsbereich Vinnenweg bis zur Lichtsignalanlage, LSA, Rockwinkeler Landstraße/Auf der Heide beträgt rund 50 Meter. Dieser Stauraum ist für circa 10 Fahrzeuge ausreichend.

Zu Verkehrsspitzenstunden können zeitweilig Rückstauungen vor der LSA auf mehr als 50 Meter anwachsen. Das Ein- beziehungsweise Ausfahren in den/aus dem Vinnenweg ist dann gegebenenfalls mit kurzer Wartezeit verbunden. Da es sich grundsätzlich um Anwohnerverkehre handelt, ist davon auszugehen, dass das Aus- beziehungsweise Einbiegen aus dem Vinnenweg auch während der Verkehrsspitzenstunden nicht unzumutbar ist. Dem Straßenbaulasträger liegen des Weiteren keine Hinweise vor, dass die Verkehrssicherheit beeinträchtigt sein könnte beziehungsweise eine ständige übermäßige Verkehrsbelastung vorliegt.

Zu Frage 2: Die Verkehrssicherheit ist, wie in Frage 1 beschrieben, gegeben. Insofern besteht keine Notwendigkeit, die Verkehrssicherheit zu verbessern.

Zu Frage 3: Im Anschluss an den Einmündungsbereich Vinnenweg/Rockwinkeler Landstraße folgt in rund 50 Metern Entfernung die lichtsignalgesteuerte Einmündung der Straße Auf der Heide. Eine Integration der Einmündung Vinnenweg in die vorhandene Signalisierung ist nicht möglich, weil eine solche Lösung hohe Wartezeiten für alle Verkehrsteilnehmer zur Folge hätte. Des Weiteren kann vor der Einmündung Vinnenweg keine separate Lichtsignalanlage installiert werden, weil der räumliche Abstand zur vorhandenen LSA Auf der Heide zu gering ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Focke** (CDU): Sie sprachen davon, Herr Senator, dass es dort nur Anwohnerverkehre gibt. Ist

Ihnen bekannt, dass sich im Vinnenweg auch das Hermann Hildebrand Haus befindet? Ist Ihnen ebenfalls bekannt, dass sich am Ende des Vinnenwegs eine große Sportanlage befindet, die erhebliche Verkehre anzieht und dass es im hinteren Bereich des Vinnenwegs erhebliche Parkflächen gibt und es sich in keiner Weise um Anwohnerverkehre handelt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Was Sie sagen, ist mir alles bekannt. Trotzdem bleibe ich bei der Aussage, die hier steht, dass es sich grundsätzlich überwiegend um Anwohnerverkehre handelt. Das ist in der Tat so. Da weder Unfallhäufigkeit noch eine Unzumutbarkeit vorliegen, halten wir die jetzige Situation für absolut ausreichend.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Focke** (CDU): Sind Ihnen aus dem Beirat Oberneuland Anliegen bekannt, die sich schon seit längerer Zeit darum bemühen, an dieser Kreuzung eine Verbesserung herbeizuführen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich gibt es durchaus temporäre Spitzenbelastungen, das ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen. Aber sie sind weder unzumutbar noch verkehrsgefährdend. Die Alternative, dass in 50 Metern Entfernung eine weitere Lichtsignalanlage steht, würde dazu führen, dass es auf der Hauptachse zu dauerhaften Rückstauungen kommt, und das kann nicht gewünscht sein. Ich bleibe bei meiner Aussage, dass die Regelung vernünftig und zumutbar ist.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Focke** (CDU): Ist Ihnen bekannt, ob es in der Vergangenheit dort Unfälle gegeben hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Die Auskunft des Amts für Straßen und Verkehr ist, dass es dort keine überproportionalen Unfallzahlen gegeben hat.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Focke** (CDU): Jetzt muss ich noch einmal nachfragen: Überproportional heißt, es hat welche gegeben, oder?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Nein, nach Auskunft des Amtes für Straßen und Verkehr ist dies nicht der Fall.

(Abg. Focke [CDU]: Danke!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Senator, inwiefern wird sich denn die Gestaltung dieses Einmündungsbereiches nach der Erweiterung der Wohnbebauung im Vinnenweg, die ja vorgesehen ist, verändern? Gibt es da Planungen, oder wird es auch langfristig beim jetzigen Zustand der Einmündung bleiben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Im Moment gibt es keine Planung zur Veränderung. Man wird das beobachten müssen wie alles. Da Verkehr ein dynamisches System ist, kann es auch bedeuten, dass es dann irgendwann zu Anpassungsreaktionen kommen muss. Aber die Frage bezieht sich auf den jetzigen Zustand, und den halten wir weder für verkehrsgefährdend noch für unzumutbar, sondern für absolut angemessen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Ist im Zuge der Beantwortung dieser Anfrage auch der Frage nachgegangen worden, inwieweit zum Beispiel verkehrswidrig abgestellte Fahrzeuge im Einmündungsbereich eine Verkehrsgefährdung darstellen können? Nach meiner Anschauung ist das dort vermehrt zu beobachten.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Darüber liegen mir keine Erkenntnisse vor. Wenn das der Fall wäre, wäre das natürlich ein Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung, der zu ahnden wäre.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Senator, das ist unzweifelhaft so. Würden Sie mit mir übereinstimmen, dass es vielleicht ratsam wäre, diesen Einmündungsbereich etwas genauer im Blick zu behalten, auch was das verkehrswidrige Abstellen von Fahrzeugen angeht, und würden Sie entsprechend auf Ihren Kollegen, den Innensenator, zugehen, um dies zu erreichen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das will ich gern tun. Dennoch weise ich noch einmal darauf hin, die Verhältnisse dort sind weder verkehrsgefährdend noch unzumutbar. Insofern bitte ich doch, ein bisschen die Angemessenheit im Auge zu behalten. Ich komme aber gern Ihrem Wunsch nach, dem Innensenator einen Zettel zu schreiben, er solle einmal seine Leute bitten, dort im Rahmen ihrer zeitlichen Verfügbarkeit nachzuschauen, ob da tatsächlich unverhältnismäßig viele oder ob da überhaupt Autos widerrechtlich abgestellt werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP]: Nein, herzlichen Dank!)

Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf die **Breminale 2009**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Senkal, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Senkal!

Abg. **Senkal** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann findet in diesem Jahr das Kulturfestival Breminale statt?

Zweitens: Welchen Stellenwert misst der Senat diesem Festival für die Stadt Bremen bei?

Drittens: Ist es beabsichtigt, dieses Festival fortzusetzen, wenn ja, unter welchen konzeptionellen Voraussetzungen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Emigholz.

Staatsrätin Emigholz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Jahr 2009 findet die Breminale vom 1. bis zum 5. Juli statt. Es ist die zweite Woche der Bremer Schulferien. Der Termin wurde unter Berücksichtigung des GesamtveranstaltungsKalenders der Stadt in Abstimmung mit der Bremen Marketing Gesellschaft festgelegt.

Zu Frage 2: Die Wiederaufnahme der Breminale in die Kulturförderung 2008 folgte der Erkenntnis, dass dieses Festival ein unverzichtbares Element des sommerlichen kulturellen Lebens in der Stadt

bedeutet. Die Breminale muss im Ensemble der bremischen Open-Air-Veranstaltungen als alternativlos angesehen werden.

Zu Frage 3: Für das Jahr 2009 ist der Zuschussbedarf der Breminale anteilig aus Mitteln der Bremen Marketing Gesellschaft und des Senators für Kultur abgesichert.

Der Senat sieht die konzeptionelle Neuausrichtung der Breminale als Erfolg versprechende Entwicklungsperspektive für 2009 und folgende Jahre. Der immer zwingender gewordenen kommerziellen Ausrichtung vorangegangener Jahre wurde 2009 ein Neuanfang entgegengesetzt. Die Breminale soll wieder ein Kulturfest für die gesamte Stadt werden und zudem ihre überregionale Ausstrahlung verstärken können.

Die Ausrichtung der Breminale entlang der Weser, jetzt auf beiden Weserseiten und auf dem Wasser, die Verbindung lokaler und internationaler Kultur und die Öffnung für jedermann, ohne den Zwang Eintritt zu bezahlen, hat die Breminale wieder fest in der Stadt verankert. Die geschätzten über 150 000 Besucher und die starke und sehr positive Presseresonanz auf die Breminale 2008 belegen diese Entwicklung. Eine deutliche Erweiterung des Formats, welches die Veranstalter konzeptionell anbieten, ist nur denkbar, wenn zunehmend erfolgreiche Sponsorenakquise und Einnahmensteigerungen der Breminale GmbH realisiert werden können. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Senkal** (SPD): Können wir denn nach Ihrer Antwort des Senats annehmen, dass die Breminale in 2010 und in den darauf folgenden Jahren weiterhin fortgesetzt wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Emigholz: Davon können Sie ausgehen. Wir sind in sehr guten Gesprächen mit den Kollegen von der Bremen Marketing, und wir bemühen uns, eine koordinierte Veranstaltungsplanung vorzulegen. Es ist aber redlich, genau wie bei der Kulturdeputation den Gremien jährlich die Projekte jeweils zur Beschlussfassung vorzulegen. Das werden wir gemeinsam tun, aber, wie gesagt, es gibt eine gemeinsame Abstimmung, dieses Projekt zu wollen, und am Ende muss man

feststellen, die Bremerinnen und Bremer haben für dieses Projekt ganz klar mit den Füßen abgestimmt.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Senkal [SPD]: Nein, danke!)

Frau Staatsrätin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Bebauungsplan 2365 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Pastorenweg, Luchtbergstraße, Dockstraße und dem Grundstück der Kindertagesstätte Pastorenweg 110
Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2009
(Drucksache 17/283 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2365 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2395 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe östlich Robert-Hooke-Straße und nördlich Linzer Straße
Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2009
(Drucksache 17/284 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2395 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/
Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau und Verkehr

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Änderung ortsentwässerungsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009
(Drucksache 17/285 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerecht und ökologisch: Was unser grünes Leitbild im Großen ist, das gilt auch im Konkreten und im Kleinen. Der Senat hat im September 2008 beschlossen, eine gesplittete Entwässerungsgebühr

einzuführen, demnach werden dann die Kosten für die Abwasserbeseitigung nicht mehr allein aufgrund des Frischwasserverbrauchs berechnet. In die Kalkulation fließt zukünftig auch die Menge des Regenwassers ein, mit der das Kanalsystem und dann auch die Kläranlage belastet werden. Die Kosten für die Klärung des Niederschlagswassers, das von großen befestigten Flächen in das Kanalnetz fließt, werden also in Zukunft den Verursachern zugerechnet. Die Verursacher müssen für diese Kosten in Zukunft auch aufkommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es wird Sie natürlich nicht verwundern, dass wir Grünen das ausdrücklich begrüßen. Es folgt einem Antrag, den wir im Juli 2005 hier in die Stadtbürgerschaft eingebracht hatten, der da hieß „Abwassergebühren gerecht und ökologisch gestalten“. Da ist jetzt jahrelang viel Wasser den Kanal heruntergeflossen, bis endlich Rechtssicherheit geschaffen wurde.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Und Abwasser auch!)

Die jetzt kommenden Regelungen sind nicht nur gerechter, sie lenken auch in Richtung ökologisches Verhalten.

Meine Damen und Herren, mit dem zur Abstimmung stehenden Ortsgesetz werden die Voraussetzungen für die Einführung der gesplitteten Gebühr erst geschaffen. Voraussetzung ist hier insofern gemeint, als die Einführung selbst noch zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen wird, weil zunächst unter anderem die bebauten und versiegelten Flächen erhoben werden müssen. Wir müssen heute - und das werden wir gleich beschließen, das ist eben Teil des Gesamtprozesses - für diese Datenerhebung die zuständige Behörde ermächtigen und auch die erforderlichen Mitwirkungsrechte regeln.

Vielleicht noch kurz: Was heißt das dann konkret für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Betriebe in unserer Stadt, wenn diese gesplittete Gebühr eingeführt ist? Im privaten Bereich wird es relativ wenige Veränderungen geben. Es wird vor allen Dingen im Geschosswohnungsbau dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger leichte Gebührenminderungen haben werden. Bei den Betrieben werden vor allem diejenigen weniger bezahlen, die ihr Regenwasser selbst entsorgen und nicht in die Kanalisation einleiten.

Weniger Kosten haben aber auch solche Betriebe, die einen hohen Frischwasserverbrauch haben und relativ wenig versiegelte Fläche. Dagegen werden natürlich flächenintensive Betriebe, die das Schmutz- und das Regenwasser in die

Kanalisation einleiten, mehr bezahlen. Sie müssen in Zukunft dann die von ihnen verursachten Kosten auch selbst tragen. Das ist gerecht! Ich möchte hier auch anmerken, es liegt jetzt in der Hand der Unternehmerinnen und Unternehmer, die dann von der Grundlage her zwar möglicherweise höhere Gebühr zu reduzieren, indem sie Maßnahmen ergreifen - das können große oder kleine sein -, um das Regenwasser ortsnah zu entsorgen oder zu behandeln. Es wird also der Anreiz geschaffen, entweder Flächen zu entsiegeln oder andere Maßnahmen des Umweltschutzes zu ergreifen, die dazu führen, dass im Endeffekt die Kanalisation entlastet wird und damit auch in der Kläranlage weniger ankommt. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dennhardt.

Abg. **Dennhardt** (SPD)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Das vorliegende Ortsgesetz soll Voraussetzungen für die Erhebung der notwendigen Daten für die Einführung einer gesplitteten Entwässerungsgebühr schaffen, wie es meine Kollegin Frau Dr. Mathes gerade schon dargestellt hat. Bisher bezahlen wir alle einheitlich eine Entwässerungsgebühr, die sich am Frischwasserverbrauch orientiert. Tatsächlich besteht unser Abwasser aber nicht nur aus dem gebrauchten Frischwasser, sondern auch aus dem in die Kanalisation geleiteten Regenwasser. Wer zum Beispiel große Flächen durch eine billige eingeschossige Bauweise oder durch die Anlage großer Parkplätze versiegelt, verhindert dadurch, dass das Regenwasser im Erdboden versickern kann und führt häufig besonders viel Regenwasser in die Kanalisation.

Der Klimawandel führt bereits jetzt zu zunehmenden Starkregenereignissen. Dies stellt unsere Kanalisation in Verbindung mit einer fortschreitenden Versiegelung unserer Stadt vor immer größere Herausforderungen. Deshalb hat die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen vorgesehen, dass in dieser rot-grünen Regierung geprüft wird, ob eine gesplittete Entwässerungsgebühr Gerechtigkeit und ökologische Lenkungswirkung erhöht.

Inzwischen hat die Rechtsprechung in anderen Bundesländern die Frage der Gerechtigkeit beantwortet und die Einführung gesplitteter Entwäs-

serungsgebühren gefordert. Die gleiche Forderung hatte auch der Rechnungshof in Bremen aufgestellt. Wenn die privaten Haushalte, aber auch Gewerbebetriebe mit einem geringen Anteil von Regenwasser in ihrem Abwasser, über eine am Frischwasser orientierte Entwässerungsgebühr die Ableitung des Regenwassers bei den großen Flächenversiegeln finanzieren müssen, ist das nicht gerecht.

Eine am Frischwasser orientierte Entwässerungsgebühr ist gerade auch eine Benachteiligung vieler kleiner und mittlerer Unternehmen. Eine gesplittete Entwässerungsgebühr wird aber auch zu mehr Belastungen bei Gewerbebetrieben, etwa in der Logistikbranche, führen. Je nach örtlichen Verhältnissen bestehen aber Möglichkeiten, diesen Mehraufwand zu vermeiden, indem zum Beispiel das Niederschlagswasser auch in Oberflächengewässer geleitet wird, wo eine Versickerung örtlich nicht möglich ist.

Der Umweltsenator wird die Betriebe bei der Umsetzung der notwendigen technischen Maßnahmen umfassend beraten und unterstützen. So wird die gesplittete Entwässerungsgebühr auch ihre ökologische Lenkungswirkung zeigen. Entsprechend hat der rot-grüne Senat, wie bereits von meiner Kollegin Frau Dr. Mathes erwähnt, bereits am 2. September 2008 entschieden, die Einführung der gesplitteten Entwässerungsgebühr vorzubereiten. Den Zeithorizont hat Frau Dr. Mathes ebenfalls aufgezeigt. Mit Beschluss vom 18. November 2008 hat sich der Senat entschieden, dabei die Einführung des sogenannten Freiburger Modells zu verfolgen. Demnach soll die gesplittete Entwässerungsgebühr nur bei Grundstücken ab 1 000 Quadratmetern versiegelter und an die öffentliche Kanalisation angeschlossener Fläche verbindlich angewandt werden. Die Nutzer kleiner versiegelter Grundstücke sollen jedoch auf Antrag ebenfalls die gesplittete Veranlagung erhalten können.

Zur Vorbereitung der Einführung der gesplitteten Entwässerungsgebühr gehört die Klärung der Bemessungsgrundlage für den auf das Niederschlagswasser entfallenden Anteil der Entwässerungsgebühr. Dazu müssen die erforderlichen Daten - wo nötig auch unter Mitwirkung der Betroffenen - erhoben und zusammengeführt werden können. Das soll dieses Ortsgesetz regeln. Zum Beispiel müssen alle versiegelten Flächen der Stadt über Luftbildauswertungen erfasst werden. 70 Prozent der deutschen Großstädte haben bereits eine gesplittete Entwässerungsgebühr. Es wird Zeit, dass Bremen dazukommt! - Vielen Dank!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff (CDU)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die gesplittete Entwässerungsgebühr ist nichts Neues. Wie Frau Dr. Mathes eben schon gesagt hat, hat sie das hier schon einmal im Jahr 2005 beantragt. Wir haben uns schon damals dagegen entschieden, weil sie natürlich den Mittelstand und die Gewerbebetriebe hier in Bremen auch ein Stück weit belastet.

Warum wir diesen Antrag hier ablehnen, möchte ich Ihnen auch kurz erklären: Weil die Kosten für Mittelstand und Gewerbe vorher nicht geprüft worden sind. Was jetzt für Kosten auf die einzelnen Betriebe zukommen, ist in keiner Weise vom Senat oder von der Verwaltung durchgecheckt worden. Das Mittelstandsfördergesetz ist hier nicht auf das neue Gesetz angewandt worden. Das Mittelstandsfördergesetz sagt aus, dass man jedes neue Gesetz, das man beschließt, daraufhin prüft, inwiefern der Mittelstand dementsprechend schlechter gestellt wird. Das hat hier keine Anwendung gefunden, insofern können wir dem auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Man muss gerade in Zeiten der Rezession auch noch einmal sagen, wir haben hier vor einer Woche gestanden und das Konjunkturpaket II beschlossen, wir kämpfen hier um jeden Arbeitsplatz, und nun wird nicht einmal vom Senat geprüft, inwiefern das eine Belastung für die Bremer Betriebe ist. Das ist in meinen Augen unverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Man kann aus dem Kopf Betriebe nennen, ob das der Großmarkt Bremen ist oder Coca-Cola oder im GVZ die ganzen Firmen, die viele Containerstellflächen brauchen. Entweder sie bezahlen diese neue gesplittete Entwässerungsgebühr, wenn sie denn kommt, oder sie müssen halt umbauen, das kostet aber auch Geld. Insofern ist es auch eine Belastung. Ich denke, hier hätte der Senat vorher ein bisschen überlegen und prüfen müssen, und deswegen lehnen wir das Gesetz ab. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir begrüßen es ausdrücklich, dass eine gesplittete Entwässerungsgebühr in Bremen eingeführt werden soll, denn es ist richtig, dass hier der Weg beschritten wird, um dafür zu sorgen, dass Niederschlagswasser, das nicht zwingend in eine Kläranlage muss, dort auch nicht hineinkommt. Wir haben kein Grundwasserproblem hier, das haben andere Regionen, aber wir haben durchaus ein Problem mit dem Stadtklima, und da können mehr entsiegelte Flächen durchaus das eine oder andere dazu tun.

Insofern ist es auch gerechter, wenn wir das splitten, gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass es heute schon möglich ist, auf Nachweis eine geringere Gebühr zu bekommen, wenn man sagt, wir lassen das versickern, wir haben eine andere Möglichkeit. Wir haben heute schon die Möglichkeit der Gebührensenkung, eine Sache, die eben auch hilfreich ist. Außerdem gibt es die Bagatellgrenze, die dazu führt, dass kleinere Gewerbebetriebe nicht so schnell dort hineinlaufen. Insofern denken wir auch, dass das für den Mittelstand tragbar ist.

Wir sind aber der Meinung, dass natürlich auch dieses Gesetz abgeprüft hätte werden können. Auf der anderen Seite hätte uns das nicht in unserer Entscheidung bewegt, sondern nur in der Frage, wie man es endgültig ausgestaltet. Bezüglich der Ausgestaltung werden wir sicherlich noch das eine oder andere erleben und sehen, wenn wir die genaueren Daten und auch noch die Möglichkeit haben, das eine oder andere nachzusteuern. In diesem Sinne werden wir hier diesem vorliegenden Ortsgesetz zustimmen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp (DIE LINKE)*:** Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die Maßnahmen sind notwendig, es ist sinnvoll, in diese Richtung zu gehen. Ich mache nur zwei Randbemerkungen dazu! Erstens: Wenn es so ist, dass die Kommune investieren muss, um das ankommende Regenwasser irgendwie zu kanalisieren, erzeugt das Kosten. Ich denke, man kann sie auch an diejenigen ein Stück weit weitergeben, die an dieser Form von Infrastruktur partizipieren. Ich bin auch relativ sicher, dass die Dramatik die-

*) Vom Redner nicht überprüft.

ser Kostenentwicklung nicht so ist, dass gleich wieder Betriebe schließen müssen.

Das Zweite ist, ich gehe davon aus, dass in der Beratung über die Kläranlage auch besprochen worden ist, dass man die Regenwasserzuflüsse nicht gänzlich sein lässt, weil ich aus sehr konkreter Erfahrung weiß, dass es natürlich auch ein gewisses Maß an Regenwasser braucht, um die Dinge dann auch dorthin zu transportieren. Eine hohe Konzentration von Schadstoff ist auch nicht immer gewünscht. Man muss auch immer etwas genauer schauen, wie weit man die Ableitung von Regenwasser oder Versickerung von Regenwasser treibt, weil es sonst an vielen Orten in der Kanalisation möglicherweise auch ein paar geruchsintensive Stellen gibt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auch nur noch einmal zwei Anmerkungen zu dem Beitrag der CDU machen, die als einzige hier im Parlament diesen Änderungen nicht zustimmen will! Das Erste ist, ich will noch einmal klarstellen, das Mittelstandsförderungsgesetz ist ein Förderungsgesetz, aber kein Mittelstandssubventionengesetz, das besagt, dass andere die Kosten, die entstehen, subventionieren müssen, wenn flächenintensive Betriebe diese erzeugen.

Das Zweite ist, darauf möchte ich auch noch einmal hinweisen, denn es verwundert mich schon: Wir haben das Thema, zwar nicht unter diesem Titel, im Rechnungsprüfungsausschuss unter dem Begriff Kanalbenutzungsgebühr länger behandelt, es war genau das gleiche Thema. Im Rechnungsprüfungsausschuss haben wir einstimmig mit den Stimmen der CDU beschlossen, dass hier das Ressort aufgefordert wird, die Rechtsprechung zu berücksichtigen.

(Abg. Focke [CDU]: Es soll ja nur untersucht werden! Das hat damit nichts zu tun!)

Die neuere Rechtsprechung sagt einfach zwingend, dass man diese gesplittete Entwässerungsgebühr auch einführen muss.

(Abg. Focke [CDU]: Dann machen Sie das doch!)

Insofern verwundert mich dieses unterschiedliche Verhalten doch sehr. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Ich kann mich kurzfassen, weil die Dinge im Detail schon dargelegt worden sind, vor allen Dingen von Frau Dr. Mathes und Herrn Dennhardt. Ich will noch einmal sagen, die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr ist ökologisch vernünftig, sie ist gerecht, weil es eine verursachungsgerechte Kostenanlastung gibt, und sie ist auch wirtschaftsverträglich, erstens, weil es eine Bagatellgrenze gibt, Stichwort Mittelstand, und zweitens, weil diejenigen, die viel Fläche versiegeln, durchaus die Möglichkeit haben, dieser Gebühr zu entgehen, indem sie das Wasser beispielsweise sammeln und direkt einleiten. Also ist es alles in allem eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die wir hier tun.

Es ist wirklich sehr traurig, dass die CDU dem nicht zustimmt, weil es einfach nur naheliegend ist. Wenn Sie sagen, Herr Imhoff, im Jahr 2005 wäre das alles nichts Neues gewesen: Ja, aber es war damals schon richtig, nur jetzt setzen wir es um, das ist der Unterschied!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht auch noch einmal die Zahlen! Flächenversiegelung, 130 Hektar pro Tag in Deutschland! Das Ziel der Bundesregierung, mit der Sie auch irgendwie verbunden sind, ist es, diese bis 2020 auf 30 Hektar zu reduzieren! Wenn man die Flächenversiegelung reduzieren will, muss man sich Instrumente ausdenken. Dieses Instrument ist in hervorragender Weise geeignet, Nichtversiegelung ökonomisch zu belohnen. Was gibt es Wirksameres als ökonomische Anreize, um diese Sache so zu machen? All das zu sagen, wäre eigentlich gar nicht nötig gewesen, denn darum geht es heute in diesem Ortsgesetz gar nicht.

In diesem Ortsgesetz geht es eigentlich nur darum - das wurde von Herrn Dennhardt auch schon gesagt -, dass wir die Bemessungsgrundlage klären. Darum geht es, und weil wir uns für diesen Weg entschieden haben, brauchen wir jetzt verstärkt Luftbilder. Zur Ermittlung der versiegelten Flächen der Stadtgemeinde Bremen wird eine Befliegung erfolgen, bei der Luftbilder des gesamten Stadtgebietes erzeugt werden. Diese Bilder werden neben anderen Daten als Grundlage für die Bemessung der Niederschlagswassergebühr herangezogen. Die jetzt bei GeoInformation Bremen bereits vorhandenen analogen Luftbilder sind für diesen Zweck leider nicht geeignet, deswegen müssen wir diese Zusatzbefliegung machen. Das müssen wir aus datenschutzrechtlichen Gründen

alles ordnungsgemäß machen. Das Ganze wird ungefähr 60 000 Euro kosten, und das können wir über die Entwässerungsgebühren umlegen.

Summa summarum sind diese Regelungen dringend notwendig, weil sie eine Voraussetzung für eine sachgerechte und nachvollziehbare Grundlage für die Erhebung der Niederschlagswassergebühren sind. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung! - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier noch zwei Gedanken loswerden! Wenn man so tut, als wenn man eine mittelstandsfreundliche Partei sei oder wenn die Regierung so tut, als wenn sie mittelstandsfreundlich oder gewerbefreundlich sei, muss man zumindest schon das Mittelstandsfördergesetz in die Prüfung mit einbeziehen, und wenn man das nicht macht, ist man eben nicht mittelstandsfreundlich. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung ortsentwässerungsrechtlicher Vorschriften beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

97. Änderung - Mahndorf - (Windkraft Bremer Kreuz)

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009
(Drucksache 17/286 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden heute gleich zweimal über Windkraftanlagen reden, ich möchte aber eingangs darauf hinweisen, warum uns das Thema Windkraft sehr wichtig ist!

Heute kommen im norwegischen Tromsø die fünf arktischen Anrainerstaaten, das sind die USA, Kanada, Russland, aber auch Dänemark - aufgrund von Grönland - und Norwegen, zusammen, um über den Schutz der Eisbären zu beraten, die massiv von den Folgen des Klimawandels bedroht sind. Wenn der Klimawandel für uns in Deutschland vielleicht noch sehr abstrakt und eher irgendwie mit Zahlen verbunden ist, ist es für unsere Nachbarn 200 Kilometer nördlich, in Dänemark oder auch in Norwegen, schon ein ernsthaftes Problem. Meine Damen und Herren, wir stehen auf dünnem Eis, es ist also höchste Zeit zu handeln. Wir in Bremen wollen und müssen einen Beitrag hierzu leisten!

Mit der Verabschiedung des Aktionsprogramms Klima 2010, das wir alle hier in der Bürgerschaft vor Kurzem verabschiedet haben, haben wir uns in Bremen das Ziel auferlegt, bis zum Jahr 2010 beziehungsweise demnächst 2020 massiv CO₂ einzusparen. Es ist ein wichtiger Bereich und absolut notwendig, um dieses Ziel zu erreichen, dass wir den Ausbau an erneuerbaren Energien vorantreiben. Dazu gehören die Windenergie, aber auch die Wasserkraft und die Fotovoltaik. Dies ist politisch auch absolut gewollt, hat doch die Bürgerschaft im September 2007 den rot-grünen Antrag zu den Perspektiven der Energiewirtschaft im Land Bremen beschlossen. Dort haben wir den Senat explizit aufgefordert, eine Strategie für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu erarbeiten, wozu die intensive und systematische Suche nach geeigneten zusätzlichen Flächen für die Windkraftnutzung im Land Bremen gehört. Laut dem Aktionsplan 2010 kann die jährliche Stromerzeugung von derzeit 76 500 Mega-

*) Vom Redner nicht überprüft.

wattstunden im Jahr auf 162 000 im Jahr 2010 verdoppelt werden. Wesentliche Planungsgrundlage ist hierbei der Beschluss der Stadtbürgerschaft vom 23. Januar 2007, mit dem sechs zusätzliche Windkraftvorranggebiete in den Flächennutzungsplan aufgenommen wurden.

Im Übrigen möchte ich erwähnen, dass seit 1996 das Stadtgebiet Bremen flächendeckend analysiert wird, um geeignete Vorranggebiete für Windkraftnutzung zu ermitteln. Hierzu gehört jetzt auch die geplante Errichtung der neuen Windkraftanlage am Bremer Kreuz in Mahndorf. Diese spart 4 000 Tonnen CO₂ pro Jahr und kann 2 000 Haushalte klimafreundlich mit Strom versorgen. Wenn Sie mich fragen, was geeignete Standorte für Windkraftanlagen sind, gehören definitiv autobahnahe Standorte dazu, genauso wie Gewerbeflächen.

Doch, und das muss man auch erwähnen, wie bei vielen Windkraftanlagen gibt es nicht nur Befürworter, sondern auch entschiedene Kritiker dieser Anlagen, so auch in diesem Fall, nämlich die Gemeinde Oyten und den Landkreis Verden. Ich finde, man muss die Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen, wobei der Besorgnis vor Schattenwurf, Eisschlag und Lärmbelästigung begegnet werden kann, da Lärm und Schattenwurf im Vorfeld ermittelt werden und es dafür auch Grenzwerte gibt, die nicht überschritten werden dürfen.

Da auch diese Probleme bei neuen Anlagen inzwischen technologisch lösbar sind, bleibt die Auswirkung auf das Landschaftsbild und die Erholungsnutzung, wie der Begründung der Gemeinde Oyten zu entnehmen ist, speziell im nördlichen Teil des Königsmoors oder dem Autobahnabgraben Oyten. Der Erholungsnutzen ist durch den hohen Verkehrslärm sowieso beeinträchtigt, und die Auswirkung auf das Landschaftsbild ist in weiten Teilen eher gering, da es stark mit Gehölzen bewachsen ist und die Wahrnehmbarkeit der Anlage als eher gering bewertet wird. Daher werden die Beeinträchtigungen als weniger schwerwiegend beurteilt und der am Bremer Kreuz gelegene Standort als für diese Windkraftanlage geeignet erachtet.

Man muss die Fragen und Besorgnisse der Bevölkerung ernst nehmen, und ich bin sicher, dass man bei vielen dieser Fragen die Unsicherheiten ein Stück weit herausnehmen kann, indem man noch mehr über die technologischen Fortschritte in der Windenergie informiert. Aber eines sage ich sehr deutlich: Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen! Wenn wir für den Klimaschutz sind und diesen ernst meinen, müssen wir auch das umsetzen, was wir uns selbst auferlegt und hier in der Bürgerschaft beschlossen haben, was der

Bund und die EU beschlossen haben und was der Weltklimarat, IPCC, fordert. Ich möchte nicht, dass das am Ende leere Worthülsen auf dem Papier bleiben. Ich finde, wir müssen handeln.

Eingangs habe ich darauf hingewiesen, dass wir, was den Klimawandel angeht, auf dünnem Eis stehen, das immer brüchiger wird. Daher lassen Sie uns nicht einbrechen, wir brauchen die Windkraft in Bremen! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hamann.

Abg. **Hamann (SPD)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kollegin Schaefer hat ja alles schon ausführlich beleuchtet, deswegen kann ich mich sehr kurz fassen. Es geht bei der Änderung des Flächennutzungsplans darum, das Recht zu schaffen, dass dort eine Windkraftanlage errichtet werden kann. Solche Anlagen sind immer umstritten, das ist vollkommen klar. Es gab eine Beteiligung, der örtliche Beirat zum Beispiel hat es begrüßt, die Nachbargemeinden, die Kollegin Schaefer hat es ausgeführt, sind an einigen Stellen natürlich nachvollziehbar nicht begeistert.

Wenn wir aber das Ziel erreichen wollen - es gab im November einen Bericht des Senats dazu, der uns vorgelegt worden ist -, den Ausbau von zurzeit ungefähr 76 000 Megawattstunden, die pro Jahr erreicht werden, auf 160 000 voranzutreiben, dann ist es notwendig, solche Anlagen zu errichten. Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass die Eingriffe ins Landschaftsbild, die vorhanden sind, an dieser Stelle verträglich sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zurzeit haben wir in Bremen 38 Anlagen. Wir haben in Bremen das allgemein bekannte Problem, dass wir nicht genügend Flächen haben, weitere große Standorte auszuweisen. Dies ist einer der letzten, den wir haben. Das Verfahren ist insofern gut gelaufen, als es ein mehrstufiges Verfahren gab, um diesen Standort zu suchen.

Warum diskutieren wir das? Es gibt andere Bundesländer, wie zum Beispiel Hessen, dort wird der Ausbau der Windenergie zurückgefahren, da er politisch nicht so gewollt ist, dort setzt man lieber auf Kohlekraft. Wir haben uns hier in Bremen anders entschieden, und - das ist auch noch einmal

* Vom Redner nicht überprüft.

wichtig - die Bundesregierung hat es auch anders entschieden. Dementsprechend werden wir diesem Flächennutzungsplan so zustimmen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Mal herrscht hier Einigkeit, das ist schon einmal viel wert, doch lassen Sie mich noch einige Worte dazu sagen! Was spricht dagegen, an der Autobahn eine Windkraftanlage zu bauen? Nichts! Deshalb ist es eine richtige Maßnahme, den Flächennutzungsplan dementsprechend zu ändern. Gerade wir im Stadtstaat Bremen, wo wir mit begrenzter Fläche Schwierigkeiten haben, mit Windkraftanlagen und dem Aufbau der Windkraftanlagen und der Beeinflussung der Menschen und der Natur, müssen doch solche Flächen suchen! Wenn die Gemeinde Oyten etwas dagegen hat, dann muss ich sagen, muss Oyten sich einmal outen, ob es nun für oder gegen Windkraft ist! Wir sind jedenfalls dafür!

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, man sollte noch einen Aspekt in die Debatte bringen, den wir noch nicht hatten. Auf der Suche nach neuen Plätzen für Windkraftanlagen, denke ich, müssen wir auch einmal - -. Ich möchte das jetzt nicht gegeneinander ausspielen, aber wir gehen immer näher an Wohngebiete heran, und es ist immer schwierig, Menschen zu belasten, aber wir bleiben immer weit weg von Naturschutzgebieten oder unter Schutz gestellten Gebieten.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Dr. Mathes, schütteln Sie nicht mit dem Kopf, das ist so! Ich könnte Ihnen diverse Beispiele nennen, aber vielleicht ist das noch eine ganz andere Debatte, die wir in der Deputation führen sollten. Ich denke, über diesen Weg sollten wir auch nachdenken, denn wir wollen letztlich alle, dass die Windkraftanlagen in Bremen weiter ausgebaut werden, insofern sind wir uns einig. Wir werden an diesem Punkt heute zustimmen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Vorteil solcher Debatten ist, dass - zumindest für mich als Abgeordneten - Wikipedia immer weniger notwendig wird. Nur eines noch: Für mich ist auch ganz klar, wenn es darum geht, CO₂ oder gar atomare Belastungen zu vermeiden, ist ein verschandeltes Landschaftsbild sicher ein Übel, aber ein deutlich vertretbareres Übel als alle anderen Alternativen. Deswegen sind wir selbstverständlich dafür, dass dort Windkraftträder gebaut werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob das nun der richtige Vergleich war, Verschandelung von Landschaft und CO₂-Einsparung, wage ich in manchen Bereichen auch zu bezweifeln,

(Beifall bei der FDP)

aber lassen wir es einmal so stehen! Es steht sicherlich außer Zweifel: Die Nutzung von Windkraft ist im Vergleich zur Nutzung anderer erneuerbarer Energien eine sehr effektive Technologie.

(Beifall bei der FDP)

Wir können uns glücklich schätzen, dass unser Land, unsere Städte Bremen und Bremerhaven, mit führend ist bei der Entwicklung und Produktion von Windkrafttechnik. Diese Führungsrolle gilt es zu sichern!

(Beifall bei der FDP)

Damit verbunden ist jedoch nicht, dass wir in unserem stark besiedelten Zwei-Städte-Land mit einem sehr begrenzten Flächenvolumen auch einen entsprechenden Versorgungsdeckungsgrad erreichen können wie vielleicht andere norddeutsche Landstriche.

(Beifall bei der FDP)

Für Windkraftparks, aber auch nur eine nennenswerte Anzahl von Großanlagen, fehlt es schlicht und ergreifend an genügenden und geeigneten Flächen in unserem Land.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Die Gemeinde Oyten und der Landkreis Verden haben wegen der zu erwartenden Emissionen sowie befürchteter Auswirkungen auf das Landschaftsbild erhebliche Bedenken gegen diesen Standort angemeldet. Aus unserer Sicht ist allerdings eine Anlage - wenn auch mit einer Gesamthöhe von rund 180 Metern, an dieser Stelle unmittelbar an der Autobahn - in unmittelbarer Nähe eines Gewerbegebiets mit einer Entfernung zum nächsten geschlossenen Wohngebiet von rund 1 500 Metern gerade noch vertretbar. Vertretbarer als die Diskussion über eine Windkraftanlage in gleicher Größenordnung in Seehausen, darüber werden wir gleich im Rahmen des Dringlichkeitsantrags der CDU reden. Die FDP kann daher der 97. Änderung des Flächennutzungsplans zustimmen. - Danke!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Herr Senator Dr. Loske, wünschen Sie noch das Wort?

(Senator Dr. Loske: Nein, danke!)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur 97. Änderung des Flächennutzungsplans, Drucksache 17/286 S, beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung
vom 31. Mai 2001
85. Änderung Walle (Bayernstraße)
Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009
(Drucksache 17/287 S)**

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur 85. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2331
für ein Gebiet in Bremen-Walle
zwischen Kemptener Straße,
Autobahnzubringer Überseestadt,
Grundstück Bernauer Straße 5,
Bernauer Straße, ehemaligem
Kuhkampsweg und Rosenheimer Straße
(südöstlich Flurstück VR 12, 55/6)
Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009
(Drucksache 17/288 S)**

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2331 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 70
(Vorhaben- und Erschließungsplan)
für den Bau des Medicum in
Bremen-Schwachhausen
(Grundstücke Schwachhauser Heerstraße /
Lüder-von-Bentheim-Straße)
Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009
(Drucksache 17/289 S)**

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 70, Vorhaben- und Erschließungsplan, beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Ortsgesetz zur Änderung der Verordnung über die Neuordnung der stadtbremischen Verwaltungsbezirke und des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Senats vom 10. März 2009
(Drucksache 17/293 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Verordnung über die Neuordnung der stadtbremischen Verwaltungsbezirke und des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 10. März 2009
(Drucksache 17/294 S)

Der Wahlvorschlag ist in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 20 vom 10. März 2009
(Drucksache 17/295 S)

Eine Aussprache dazu ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Ich lasse zuerst über die Petition S 17/38 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Ich lasse jetzt über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Brillkreuzung umgestalten:
Innenstadt aufwerten**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/
Die Grünen und der SPD
vom 11. März 2009
(Drucksache 17/296 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Brillkreuzung an der Schnittstelle der Bremer Innenstadt zum Stephaniviertel: Stellen Sie sich eine Minute einmal vor, wie sich diese Kreuzung Ihnen augenblicklich präsentiert! Sie stehen an der Hutfilterstraße, wollen zur Sparkasse am Brill. Sie gehen los bei Grün, und nach acht Sekunden schaltet die Ampel wieder auf Rot. Sie haben gerade einmal die Hälfte der Fahrbahn überquert.

Oder ein anderes Beispiel: Sie kommen aus dem neu eröffneten „Brillissimo“ und wollen in Richtung Stephaniquartier, und vor Ihnen öffnet sich eine überdimensionierte Treppenanlage, die hinunter in den Brilltunnel führt, durch den heute kaum noch ein Fußgänger gehen mag und geht, und oben ist zu wenig Platz für die Fußgängerinnen und Fußgänger. Die Langenstraße wird zerteilt durch eine Straßenbahnhaltestelle, oben stehen überall hässliche Lüftungskästen herum und fünf weitere Treppenabgänge machen den Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger höchst unattraktiv. Abbiegespuren für die Autos führen dazu, dass die Brillkreuzung heute eher eine unwirtliche Straßenkreuzung ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kurz gesagt, die Brillkreuzung ist ein ziemlich scheußliches Relikt einer Stadtplanung, die die Fußgängerinnen und Fußgänger unter die Erde verbannt hat, damit der Verkehr oben fließen kann.

Wir wollen das ändern. Es ist an der Zeit, den Brilltunnel für eine öffentliche Nutzung endlich zu schließen und die Brillkreuzung in einen städtischen Raum umzugestalten, der nicht mehr trennt, sondern die Innenstadt mit dem Stephaniquartier verbindet!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit der Entwidmung des Brilltunnels bieten sich nun Chancen, die Brillkreuzung städtebaulich aufzuwerten. Dies ist aus unserer Sicht auch dringend nötig, um die Innenstadt weiter zu stärken und die positive Entwicklung des Stephaniviertels zu unterstützen.

Wir Grünen und die SPD legen Ihnen daher heute einen Antrag vor, in dem wir den Senat auffordern, bis zum Herbst ein Konzept vorzulegen, wie die Brillkreuzung städtebaulich und verkehrlich neu gestaltet werden kann und wie eine Finanzierung - das ist natürlich genauso wichtig - sichergestellt werden kann. Dabei ist es uns wichtig, dass zwischen kurz- und längerfristigen Maßnahmen unterschieden wird, da wir natürlich wissen, dass eine bauliche Umgestaltung eine Menge Geld kostet.

In den vergangenen Wochen war in den Medien viel über die Nutzung des Brilltunnels durch eine Diskothek zu lesen. Sollte es tatsächlich einen seriösen Investor geben, der aus eigener Kraft - das sage ich ganz deutlich - sicherstellen kann, dass dort unten eine neue Diskothek einen neuen Ort finden soll, dann haben wir nichts dagegen, wenn zukünftig unten gerockt wird.

Allerdings wollen wir auch sicherstellen, dass oben die hässlichen Treppenbrüstungen verschwinden. Aus meiner Sicht, selbst wenn man davon ausgeht, dass für eine Diskothekennutzung zwei Treppenaufgänge weiterhin benötigt werden, ist es dringend erforderlich, vier Treppenaufgänge zu schließen, da es genau diese sind, die den öffentlichen Raum doch stark verbauen. Für die Schließung des Brilltunnels steht das Geld in diesem Jahr zur Verfügung, also kann und soll diese Maßnahme, ob mit oder ohne Musik, in diesem Jahr schnell umgesetzt werden!

Das Gleiche gilt auch für eine fußgängerfreundlichere Ampelschaltung. Fußgängerinnen und Fußgänger sollen, ohne Herzrasen zu bekommen, von der Hutfilterstraße zukünftig ins Stephaniquartier gelangen können. Darüber hinaus bitten wir den Senat, auch zu prüfen, ob die Umsteigesituation für ÖPNV-Benutzerinnen und -Benutzer durch die Verlegung der Haltestelle am Brill zu verbessern ist, denn die jetzige Lage - daran möchte ich schon noch einmal erinnern - zertrennt eine der wichtigsten und ältesten Bremer Handelsstraßen, nämlich die Langenstraße. Gleichzeitig macht es diese Haltestelle auch schwer, eine fußgängerfreundliche Querung im Bereich der Schlachte zu ermöglichen. Ich glaube, da sollte man sehr genau überlegen, ob man das verbessern kann.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Letztendlich sind wir der Überzeugung, dass eine stärkere Verknüpfung der Innenstadt mit dem Stephaniviertel nur dann wirklich gelingt, wenn auch am Straßenprofil etwas geändert wird. Ich glaube, wir sollten auch von den Verkehrsplanern prüfen lassen, ob man nicht zukünftig auf die eine oder andere Abbiegespur verzichten kann. Wir wissen, die Brillkreuzung ist ein Verkehrsknotenpunkt, aber auch hier glaube ich, dass diese Kreuzung wirklich überdimensioniert geplant wurde und dass wir heute mit einer geringeren Verkehrsfläche auskommen können, um die Aufenthaltsqualität für Besucherinnen und Besucher der Bremer Innenstadt und des Stephaniquartiers attraktiver zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zu guter Letzt: Mit diesen Forderungen stehen wir gar nicht allein da, die Architektenkammer, die City-Initiative und die Standortgemeinschaft Stephani vertreten diese Forderungen ebenfalls. Wir würden uns freuen, wenn dieser Antrag hier heute auch auf große Zustimmung stoßen würde. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal ein Stück des Bildes von meiner Kollegin Karin Krusche aufnehmen. Viele von uns haben sich des Öfteren schon richtig geärgert wie viele Bürgerinnen und Bürger auch, wenn sie die Brillkreuzung zu Fuß oder auch mit dem Fahrrad queren wollen. Fürwahr, es sind heute acht Sekunden, in denen man eine Grünphase hat, und man kann sagen, das ist eigentlich nur eine Sache für Hundertmeterläufer in den besten Jahren, um die Straße auch während der Ampelschaltungsphase zu kreuzen.

Vielleicht noch einmal sehr breit und ausführlich zur Erinnerung: Ich teile vollkommen die Meinung, dass es städtebaulich wichtig ist, für die Entwicklung der Innenstadt aber insbesondere auch für das Faulenquartier, die Brillkreuzung so zu entwickeln, dass sie auch eine entscheidende Scharnierfunktion zur Weiterentwicklung der Innenstadt hat. Denn wir sehen mit dieser breiten Kreuzung, so ist es ja nicht nur vom Straßenbild her, sondern auch von der ganzen Entwicklung des Einzelhandels, von der Akzeptanz der Bremerinnen und Bremer und unserer Besucher, die in der Innen-

stadt einkaufen wollen, die dort auch ihre Freizeit erleben, sie werden an der Brillkreuzung aufgehalten. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, und ein Stück weit muss man auch noch einmal weiterdenken. Es geht auch um die Achse vom Dom über die Obernstraße, Stephaniviertel bis hin zur Überseestadt. Wenn wir großräumig denken, so ist das ein ganz wichtiger Bereich, wie wir auch in der städtebaulichen Entwicklung hier vorangehen müssen.

Deshalb möchte ich nur einmal erinnern: Es war das Jahr 1964, als der Brill untertunnelt worden ist. Es ist auch interessant, noch einmal in die Historie Bremens zu sehen, wie ist es vorher gewesen, auch vor dem Zweiten Weltkrieg. All das zeigt und untermauert, was in der Begründung unseres Antrages meine Kollegin Frau Krusche hier gesagt hat. Es geht darum, wieder ein Stück zurückzukommen, auch zu den Wurzeln selbst, zur Entwicklung einer breiteren, einer mehr auch in die Länge ausgerichteten Innenstadtentwicklung.

Der zweite Punkt! Es ist auch notwendig, hier nicht bei der Frage stehenzubleiben, wie wir jetzt die Straße im Einzelnen und auch die Straßenkreuzung entwickeln können. Es ist richtig, große Finanzmittel wären notwendig. Ich aber habe eine Bitte, und vielleicht kann der Herr Senator oder das Ressort noch einmal prüfen, auch zu intelligenten anderen Lösungen zu kommen, dass man im Bereich der Ampeln das einengt und Formen finden kann, die wir in anderen Straßenbereichen auch schon erlebt haben, was nicht eine Unmenge Geld kostet. Es sind auch Teilschritte, die wir als Nächstes angehen müssen, um auch hier schon einmal in diesem Bereich weitere Schritte voranzukommen. Das wäre eine wichtige Frage.

Zum Abschluss noch einmal von meiner Seite: Wichtig ist auch hier, dass diese Entwicklung in enger Verzahnung mit den Initiativen im Stephaniviertel erfolgt, aber auch mit den Gewerbetreibenden und mit der Innenstadtinitiative. Das sind wichtige Voraussetzungen, dass wir auch hier vorankommen mit unserer Innenstadtentwicklung. Deshalb bitten wir den Senat und fordern ihn auf, im Sinne unseres Antrages zu handeln. Ich glaube, dass das nicht nur eine Sache für Visionen in die weite Zukunft ist, sondern dass wir schon ganz real auch in näherer Zukunft etwas erreichen können. In diesem Sinne bitte ich auch um Unterstützung unseres Antrages!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank an unsere Kollegin Frau Krusche für die Videovorführung, die hat uns sicherlich noch einmal die Brillkreuzung genau vor Augen geführt!

Der Zentralitätsfaktor, der die Anziehungskraft eines Standortes widerspiegelt, ist in Bremen relativ niedrig, vergleichbare Städte haben meist einen sehr viel höheren Faktor aufzuweisen. Es besteht für die Innenstadt noch ein deutliches Potenzial für weitere Flächen, das wissen wir nicht erst seit dem vor ein paar Wochen vorgestellten neuen Gutachten. Hier spricht auch der „City Report 08/09“ aus dem Haus Robert Spies eine deutliche Sprache. Aufgrund des niedrigen Flächenangebotes gibt es wenig Raum für Unternehmen, die vielleicht eine Alternative zu den überall gleichen Filialisten bieten. Wenn wir gegenüber den konkurrierenden Einkaufsstandorten, zum Beispiel Oldenburg oder Hannover - mit Hamburg will ich Bremen gar nicht vergleichen -, nicht weiter an Boden verlieren wollen, müssen wir handeln und Schritte einleiten, die die Attraktivität unserer Innenstadt steigern. Hierzu gehört auch, endlich das Stephaniviertel-Flächenpotenzial anzubinden und die Trennungslinie, die durch die Brillkreuzung gegeben ist, zu entschärfen.

(Beifall bei der FDP)

Die Entwidmung des Brilltunnels ist daher ein richtiger Schritt, der Chancen und Perspektiven für die Innenstadt, für das Stephaniviertel und darüber hinaus eröffnet. Es ist zu wünschen, dass die sich derzeit abzeichnende Nachnutzung des Brilltunnels - sie ist schon angesprochen worden, privates Engagement, private Investitionen - auch tatsächlich Realität wird. Eine erfolgreiche Gastronomie mit entsprechendem Konzept ist schon allein eine Attraktivitätsverbesserung an dieser Stelle unserer Innenstadt.

(Beifall bei der FDP)

Die Baudeputation hat in ihrer Sitzung am 5. März ein eindeutiges Votum zum Tunnel und zur Brillkreuzung abgegeben. Der richtige Weg ist also eingeschlagen, sodass ich mich zumindest frage: Warum dann heute ein Dringlichkeitsantrag? Denn es ist schon alles auf den Weg gebracht, wie ich meine.

(Beifall bei der FDP)

Aber der Antrag und der Inhalt passen, der Beschluss beinhaltet deutliche Prüfaufträge. Gemeinsam genutzter Raum für alle Verkehrsteilnehmer, auch das lässt dieser Antrag zu, und auch diese Möglichkeit sollte genutzt werden, wie wir

eben auch über Ampelanlagen gesprochen haben. Vielleicht gelingt ein Modell für Bremens Mitte, welches endlich die Jahrzehnte lange Trennung zwischen der Innenstadt und dem dann tatsächlich aufstrebenden Stephaniviertel aufhebt. Unter dem Motto „Es wächst endlich zusammen, was zusammengehört!“ unterstützen wir den Antrag der Regierungskoalition. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es auch notwendig, dass man mit Bremens einziger U-Bahn-Station endlich einmal etwas Vernünftiges anfängt.

(Beifall bei der LINKEN - Abg. Focke [CDU]: Da fährt keine U-Bahn!)

Tatsächlich? Da fährt keine U-Bahn?

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Und Du hast immer gewartet, stundenlang! - Heiterkeit)

Im Ernst! Was mich persönlich ein bisschen irritiert ist, dass wir den Senat auffordern müssen, meines Erachtens Selbstverständliches zu tun. Wenn das notwendig ist, sind wir gern bereit, das mit zu unterstützen. Nach meinem Empfinden ist es so, dass, wenn eine Situation wie dort entsteht, es eigentlich schon einen Regierungsauftrag und eine Verantwortung dafür gibt, genau in diese Richtung zu denken und entsprechende Konzepte zu entwickeln und vorzulegen. Das ist das Erste! Wie gesagt, wir unterstützen diesen Antrag.

Das Zweite ist - Frau Krusche hat ja geschildert, wie man an dieser Brillkreuzung Schwierigkeiten hat, die Straße zu überqueren und so weiter - die Anbindungsfrage, das alles ist hoch wichtig. Ich aber glaube, die Zahl der Menschen in Bremen, die finden, dass es ein Luxusproblem ist, nimmt zu. Von daher würde ich gern noch mein Augenmerk darauf lenken, dass wir deutlich schauen, ob es, wenn wir ein Finanzierungskonzept haben, nicht Stadtteile in Bremen gibt mit einem etwas höheren und dringenderen städtebaulichen Sanierungsbedarf.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: Für alte Leute und Rolli-Fahrer ist es kein Luxusproblem!)

* Vom Redner nicht überprüft.

Ich weiß es, aber ich sage auch nicht, dass es ein Luxusproblem ist, sondern es wurde geschildert, dass viele Leute das als Problem empfinden. Ich kenne Stadtteile, wo die Menschen das als Luxusproblem empfinden, weil sie nicht wissen, wo sie ihre Kinder spielen lassen, weil die Kinderspielflächen einfach abgerissen worden sind, weil sie verrottet sind, und kein Geld vorhanden ist, um etwas Neues zu bauen.

Ich weise nur darauf hin, und ich möchte dafür werben, wenn wir über solche Dinge diskutieren wie verkehrliche Anbindung, wie Stadtteilattraktivität, Attraktivität für Investorinnen und Investoren, auch zu berücksichtigen, was an sozialer Segregation und städtebaulicher Segregation im Bericht der Lebenslagen in Bremen steht, und dass wir möglicherweise in die Situation kommen, Dinge, die wir auch wichtig finden, zugunsten von anderen Stadtteilen zurückzustellen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, parteiübergreifend ist es ganz klar, dass an der Brillkreuzung etwas gemacht werden muss und dass die Wegebeziehungen zum Stephaniquartier wesentlich verbessert werden müssen. Das hängt natürlich auch mit der Überseestadt zusammen, aber auch damit, dass das Stephaniviertel an die Innenstadt angebunden werden muss. Das ist eine ganz klare Sache.

(Beifall bei der CDU)

Dazu hat es ja auch in den letzten Monaten sehr viele Aktivitäten gegeben. Auch die CDU-Fraktion hat eine Podiumsdiskussion in der Architektenkammer im Stephaniquartier gemacht, und es ist eine ganze Menge von Dingen angesprochen worden, die ja hier auch parteiübergreifend aufgegriffen worden sind. Ich finde, wir sind auf einem ausgezeichneten Weg.

Nun kommt plötzlich dieser Antrag, obwohl wir das alles schon in der Deputation ausführlich besprochen und beschlossen haben. Das wundert mich doch nun sehr, und deswegen sage ich Ihnen, ich halte den Antrag für so überflüssig, dass ich meiner Fraktion nicht empfehlen konnte, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde das auch aus dem Bericht, den wir in der letzten Deputationssitzung erhalten haben,

begründen. Man kann dem Bauressort auch einmal dafür dankbar sein, dass es schon viele Dinge aufgenommen hat. Das Entwidmungsverfahren ist eingeleitet. Wir hatten gesagt, bis Ende Februar gibt es eventuell die Möglichkeit, dass sich private Investoren finden. Jetzt hat sich ein privater Investor gemeldet; in dem Bericht ist das ausführlich beschrieben worden, und ich glaube, alle würden es begrüßen, wenn er mit eigenem Geld etwas machen würde, ohne öffentliche Mittel.

(Beifall bei der CDU)

Dann ist auch ausführlich beschrieben worden, was die Konsequenzen daraus sind, dass wir die Außen- und Treppenanlagen und die Belüftungsschächte wegnehmen müssen. Das steht hier alles darin, das soll auch gemacht werden, und das sagt ja auch der Bausenator. Natürlich muss im Zusammenhang mit der privaten Investition abgewogen werden, ob alle Treppenanlagen geschlossen werden. Dann wird hier darüber gesprochen, dass Engpässe bei den Bürgersteigbereichen beseitigt, Treppenaufgänge aufgehoben und Fußgängerfurten verbessert werden können, dann wird gesagt, dass die Lichtzeichenanlage verändert werden kann, das steht hier alles darin.

Wir haben einen Beschluss gefasst und gesagt, dass die Deputation für Bau und Verkehr erwartet, dass nach Abschluss des Entwidmungsverfahrens die Bauarbeiten zur Schließung des Brilltunnels als öffentliche Fußgängerunterführung zügig umgesetzt werden. Die Deputation erwartet, dass im Zuge der Bauarbeiten die oberirdische Querung der Brillkreuzung für Fußgänger verbessert wird und weitere Möglichkeiten einer Optimierung der städtebaulichen Verknüpfung mit dem Stephaniviertel aufgezeichnet werden.

Dann soll auch noch ein Bericht über die private Investition abgegeben werden. Das ist ein Auftrag an die Verwaltung, in unserem Sinne zu arbeiten. Was wollen wir hier jetzt noch zusätzlich? Was soll dieser Antrag? Das ist doch reine Öffentlichkeitsshow, wir sind doch schon im Verfahren bestens darin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Focke! Deputationen sind Deputatio-

* Von der Rednerin nicht überprüft.

nen. Sie haben völlig Recht, die Deputation hat sich zu Recht intensiv mit dieser Frage beschäftigt. Gleichwohl habe ich, glaube ich, in meinem Redebeitrag deutlich gemacht, dass es hier um eine städtebaulich nicht nur auch kostenspielige Maßnahme geht, zumindest wenn man die Kreuzung baulich verändern will, sondern hier geht es ganz klar darum, dass das Parlament dem Senat einen Auftrag gibt, eine Aufforderung des Parlaments an den Senat. Da sehe ich schon einen deutlichen Unterschied dazu, ob die Baudeputation sehr einmütig und einstimmig beschließt. Hier geht es darum, dass wir als Parlament den Senat auffordern, ein städtebauliches und verkehrliches Konzept vorzulegen.

Ich glaube, wir sind als Parlament so frei, dies zu tun, und wir freuen uns darauf, wenn der Senat im Herbst unserem Antrag folgt und uns hier auch eventuell eine Alternativplanung vorlegt, denn ich glaube, dass es nicht ganz einfach ist zu überlegen, ob man ÖPNV-Haltestellen verändern kann, ob man am Verkehrsprofil etwas machen kann. Das sind doch Dinge, die in einem Ressort erarbeitet werden müssen. Ich möchte gern, dass das Parlament diese Überlegung des Senats vorgestellt bekommt und wir dann gemeinsam beraten können, wie man diese Kreuzung städtebaulich aufwerten kann. Insofern verstehe ich überhaupt nicht, dass Sie diesen Antrag überflüssig finden. Ich finde, alles das, was Sie inhaltlich gesagt haben, spricht doch gerade dafür, dass wir das hier einstimmig beschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt auch noch ein Wort zum Kollegen Rupp: Herr Rupp, ich habe mir schon überlegt, was Sie wohl sagen würden, ob Sie irgendein Haar in der Suppe finden würden, und Sie haben es natürlich gefunden.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das mit der U-Bahn war nicht schlecht!)

Sie wollen hier, und das finde ich fatal, einen Keil zwischen Maßnahmen in den Stadtteilen und in der Bremer Innenstadt treiben. Ich halte das für völlig verkehrt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es geht überhaupt nicht darum, die Situation in den Stadtteilen genau zu beobachten und alle Kräfte zu bündeln und zu tun, was nötig ist, damit die Stadtteile weiterhin attraktiv bleiben. Da sind wir, glaube ich, völlig einer Meinung. Aber zu sagen, hier würde ein Luxusproblem entstehen,

wenn man sich um die Innenstadt kümmert, da sind Sie auf dem Holzweg. Die Bremer Innenstadt ist das Rückgrat von Bremen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir brauchen eine qualitativ hochwertige Innenstadt, dazu gehört auch, dass man städtebauliche Sünden der Vergangenheit repariert. Insofern kann ich hier überhaupt kein Luxusproblem entdecken. Im Gegenteil, wir stärken Bremen insgesamt, wenn wir an dieser schäbigen Kreuzung, wenn ich das einmal so sagen darf, etwas positiv verändern. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, darf ich auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Delegation Kommunalpolitiker aus Bützow, Mecklenburg-Vorpommern, begrüßen. Sie wird vom Ortsamtsleiter Schlüter und dem Beiratssprecher Wilkens begleitet. Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat darf ich sagen, dass wir uns darüber freuen, dass so großes Einvernehmen in der gesamten Bürgerschaft darüber besteht, dass die Brillkreuzung nicht so bleiben kann, wie sie ist, und dass wir diese Entwicklungssachse City/Stephaniquartier/Überseestadt als eine der zentralen Entwicklungsachsen der Stadt begreifen. Das ist eine sehr gute Grundlage für eine gute Diskussion.

Das Thema, über das wir heute reden, ist in der Tat ein sehr wichtiges für die Stadtentwicklung. Wir haben es hier mit einem hoch komplexen Verkehrsknotenpunkt im innerstädtischen Verkehrsnetz zu tun, wo verschiedene Verkehre zusammenlaufen: Motorisierter Individualverkehr, ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger mit ihren jeweils spezifischen Ansprüchen müssen auf einer Verkehrsfläche abgewickelt werden. Diese Situation ist für die einen relativ befriedigend, nämlich für die Nutzer des ÖPNV und des motorisierten Individualverkehrs, sie kommen gut zurecht, aber für andere ist es wenig bis nicht zufriedenstellend. Das betrifft nicht nur die Radfahrer, sondern eben auch die Fußgänger. Wenn wir den Tunnel schließen, was wir alle gemeinsam wollen, dazu komme ich gleich, dann müssen wir uns natürlich kurz-, mit-

tel- und langfristig Gedanken darüber machen, wie wir die Kreuzung oberirdisch gestalten.

Jetzt zu den einzelnen Schritten: Das Entwidmungsverfahren für den Tunnel, das ist bekannt, läuft. Es steht - ich glaube, das darf man sagen - kurz vor dem Abschluss. Es gibt eine Einwendung, diese glauben wir aber, entkräften zu können. Dabei geht es auch nicht wirklich darum, den Standort für die Restauration dort unten dauerhaft zu halten, sondern eine Alternative oberirdisch zu finden. Dabei werden wir uns bemühen, behilflich zu sein, sodass wir das Entwidmungsverfahren sehr bald abschließen und den Brilltunnel als öffentlichen Verkehrsraum schließen können. Wenn es zu einer Nutzung in Sachen Diskothek kommt, dann soll uns das sehr recht sein. Es wäre ein attraktiver Punkt in der Innenstadt, allerdings muss klar sein, es muss eine wirtschaftlich selbsttragende Entwicklung sein, die nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert werden kann.

Wenn das geschehen ist, dann müssen wir die Ampelanlage optimieren. Wir haben ja gehört, dass die Querungszeit - ich habe es selbst schon häufig im Feldversuch auf dem Weg zur Sparkasse getestet, tatsächlich sind es nicht mehr als acht oder neun Sekunden - deutlich verlängert werden muss. Ich würde einmal als Faustzahl sagen, sie muss verdoppelt werden. Das ist realistisch, daran arbeiten wir auch. Allerdings muss man das natürlich unter Wahrung des Gesamtsystems machen, weil das natürlich wieder Rückwirkungen auf die anderen Verkehre hat, vor allem auf den ÖPNV und den motorisierten Individualverkehr. Dieses Problem halten wir aber für lösbar. Das heißt also, wenn der Tunnel dicht gemacht wird, muss die Querungszeit oben deutlich verlängert werden, Tendenz Faktor zwei.

Sobald das Entwidmungsverfahren abgeschlossen ist, werden wir damit beginnen, mindestens vier Treppenanlagen zu schließen, abzutragen und aufzuheben, sodass da schon eine gewisse optische Aufwertung der Kreuzung stattfindet, weil sich der Fußgänger- und Verkehrsraum insgesamt vergrößert. Das ist aber natürlich noch nicht das, was wahrscheinlich Frau Krusche, Herrn Pohlmann und dem gesamten Haus vorschwebt, nämlich ein wirkliches Gesamtkonzept für die Nutzung der Brillkreuzung zu haben. Wir werden ja hier in diesem Antrag beauftragt, ein solches Gesamtkonzept zu erarbeiten. Wir sind auf dem Weg, das zu tun. Dieses Konzept werden wir im Herbst 2009 vorlegen.

Das Ziel ist eine städtebauliche Aufwertung, aber eben auch eine Verkehrsflussoptimierung, und in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns. Ich glaube, dass wir da eine ganze Menge guter Vor-

schläge bis Herbst 2009 machen können. Manche Sachen sind aber nicht ganz so einfach, wie sie manchmal kommuniziert werden, dass man zum Beispiel so eben einmal locker die Haltestelle vor die Sparkasse verlegt. Das ist nicht nur von der Sparkasse nicht gewünscht, sondern wahrscheinlich auch von der Verkehrsfunktionalität her gar nicht vernünftig. Das sind aber Dinge, die dann im Detail zu besprechen sind.

Unser Ziel ist, wir sagen das hier zu, der Bürger-schaft im Herbst 2009 ein solches Gesamtkonzept vorzulegen. Wenn es der Fall wäre, dass im Rahmen der Beratungen, die dann im Laufe des Jahres 2010 stattfinden, befunden wird, dass wir erhebliche Summen an Geld in die Hand nehmen müssen, dann könnten diese frühestens ab dem Haushalt 2012 in die Hand genommen werden, weil wir den Doppelhaushalt 2010/2011 jetzt aufstellen und da im Moment keine Mittel vorgesehen sind.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Wir bedanken uns für diesen Antrag und werden entsprechend verfahren. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/296 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

**Verzicht auf die Errichtung einer
Windkraftanlage auf dem Gelände
der Kläranlage Bremen-Seehausen!**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/304 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Kollege Imhoff hat ja in der vorigen Debatte, als es um Windkraft ging, schon unsere Haltung zu den Windkraftanlagen dargestellt. Wir sind für Windkraftanlagen und haben auch der großen Änderung zugestimmt, nur gibt es natürlich auch, wie das auch schon ein bisschen in dem Beitrag von Herrn Imhoff durchgeklungen ist, immer Fälle, dass Anlagen irgendwo nicht hinpassen. Das ist eben unser großes Problem.

Wir haben eine Vorlage für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gehabt, nämlich Nummer 67, zur Errichtung einer Windkraftanlage auf dem Gelände der Kläranlage Bremen-Seehausen. Dieser vorhabenbezogene Bebauungsplan ist am 5. Februar von der Tagesordnung der Baudeputation genommen worden und ist auch jetzt im März in der Sitzung nicht wieder aufgetaucht. Ich finde, weil es eben so viel Diskussionsbedarf über diese Anlage auf dem Gelände der Kläranlage gibt, ist es jetzt einmal an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen und zu sagen, an diesem Punkt gibt es eben keine Möglichkeit für eine Windkraftanlage, und deswegen sollte dieser Plan zurückgezogen werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Bevölkerung in Seehausen ist jetzt schon, das wissen wir, durch bestehende Windkraftanlagen, Industriebetriebe und die hoffentlich baldige Realisierung der Weserquerung im Zuge der Schließung des Autobahnringes A 281 erheblich belastet. In dem Bebauungsplan selbst werden ja auch die Schattenwurfdauer und die Lärmemission erheblich problematisiert, und man kann dort ja quasi auch herauslesen, dass es Abschaltungen der Anlage geben muss, um zu erreichen, dass die Normen eingehalten werden.

Deswegen, weil das schon so vorformuliert ist, sind die beschriebenen Ziele, die für diese Energiegewinnung erreicht werden sollen, unserer Meinung nach mit dieser Anlage nicht mehr erreichbar. Man muss sich vorstellen, es sollen zwei Anlagen, die jetzt jeweils 150 000 Kilowattstunden Strom erzeugen, ersetzt werden. Diese Anlagen sind bis jetzt 42 Meter hoch und sollen durch eine neue Anlage mit zwei Megawatt ersetzt werden, die mit einer Höhe von 153 Metern mehr als drei-

mal so hoch wie die bestehenden Anlagen ist, mit natürlich erheblichem Schattenwurf und damit verbundenen Lärmemissionen.

Von der Bürgerinitiative und den Bürgern Seehausens werden Sie niemanden finden, der sich für diese Anlage ausspricht. Es wird erheblich angezweifelt, was in der Vorlage an Vorgaben gemacht worden ist. Nach deren Berechnungen ist die Schattenwurfdauer wesentlich höher, als in der Vorlage dargestellt, und betrifft wesentlich mehr Häuser. Die Modellrechnung zeigt deutliche Überschreitungen der gesetzlich zulässigen Lärmemissionen. Durch Infraschall entsteht eine erhebliche zusätzliche Belastung der Bevölkerung, für Schulen und Kindergärten. Die Entfernungsangaben der Windkraftanlage zur Wohnbebauung, zu den FFH-Gebieten und Ausgleichsflächen ist auch falsch berechnet.

Das sind alles Dinge, die nicht dazu führen, dass wir jetzt guten Gewissens einer solchen Windkraftanlage auf der Kläranlage zustimmen können. Deswegen schlagen wir Ihnen vor, bis zur Klärung dieser Angelegenheiten und vor allem von Alternativplanungen, das heißt also wesentlich niedrigere Anlagen, auf die Weiterverfolgung dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplans zu verzichten. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, mit der Bitte, ihm heute möglichst zuzustimmen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Focke, Sie haben hier Ihren Antrag begründet, aber ich glaube, es muss noch einmal über den Kern, was wir beschließen sollen, geredet werden. Unter Punkt 1 sollen wir beschließen, was eigentlich faktisch in der Arbeit der Baudeputation schon vollzogen ist. Wir haben gesagt, es gibt Beratungsbedarf - um es noch einmal fachlich festzustellen -, und in dieser Phase befinden wir uns. Es ist eine völlig normale parlamentarische Arbeit, in deren Phase wir uns jetzt befinden. Was den zweiten Bereich angeht, sind Sie ja meilenweit hinter der Diskussion vor Ort in den Initiativen und in der Bearbeitung der Deputation zurück.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn Sie unter Punkt 2 davon sprechen, dass es reduziert werden soll, können wir heute - das sage ich Ihnen von der sozialdemokratischen Seite, aber auch gemeinsam mit unserem grünen Koali-

tionspartner - ganz konkrete Schritte vorweisen, die weit über das hinausgehen, was Sie hier anreißen. Hier heute Vormittag einen Antrag mit Dringlichkeitscharakter einzubringen - ich sage es Ihnen in aller Freundschaft, lieber Kollege Focke - hat einen gewissen Schaucharakter. Ich möchte versuchen, dass wir das wirklich sehr detailliert betrachten. Das tun wir auch, weil wir auf eine gute Arbeit zurückblicken können, die eine gute Perspektive für die Bevölkerung vor Ort und vor allem für den Standort von hanseWasser hat. Es ist ein wichtiger Investitionsbereich, über Repowering, über Fragen unseres Klimaschutzprogramms, worüber wir berichten können und worüber wir gleich debattieren werden.

Ich sage es schon einmal vorweg: Wir werden den Antrag deshalb, weil er von der fachlichen Ebene wirklich zurückgeht, nicht einmal zur Kenntnis nehmen, sondern wir werden ihn ablehnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zum zweiten Punkt: Für uns als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion ist nicht nur die Frage der Errichtung von Windkraftanlagen - zu der Frage, was wir in Hemelingen zu diskutieren und beschließen hatten, hat der Kollege Hamann vorhin schon gesprochen - wichtig, sondern insgesamt, dass Bürgerinnen und Bürger und Beiräte in diesen Prozessen mitbeteiligt werden. Das ist in vielen Bereichen nicht einfach, es gibt immer Widerspruch und Ärger, und wir wissen auch, dass es in den Behörden Menschen mit unterschiedlicher Qualifikation gibt, sie haben auch einmal einen schlechten oder einen guten Tag, das möchte ich gar nicht bewerten. Es ist immer ein sehr komplizierter Prozess, aber wir wollen und müssen uns diesem Prozess stellen!

Das ist nicht nur bei Windkraftanlagen wichtig, sondern auch bei Straßen. Ich möchte zur Erinnerung nur einmal anreißen, was wir mit dem Kopfsteinpflaster für Probleme und Aufregung hatten. Das sind alles manchmal ganz komplizierte Prozesse, aber wir - das sage ich auch im Sinne unserer Koalition - stellen uns diesen Prozessen, weil sie notwendige Voraussetzungen sind, um Stadtentwicklungspolitik und Standortfragen in der Akzeptanz der Bevölkerung zu verankern, das ist der Weg.

Bei diesem Punkt haben wir als SPD gesagt, wir sehen in der Arbeit der Baudeputation Bereiche, in denen wir nacharbeiten müssen, insbesondere in der Vermittlung, in der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor Ort, aber auch auf fachlicher Ebene.

Ich möchte berichten, dass es uns gemeinsam mit vielen anderen heute gelungen ist, vier Punkte, eigentlich fünf Punkte, wo es auch zu Veränderungen im laufenden Prozess kommen kann, zu erledigen.

Erstens, es wird von hanseWasser angeboten, dass nicht nur zwei der Altanlagen, sondern alle vier Altanlagen abgebaut werden können. Das ist ein wichtiger Bereich, der zu unterstützen ist.

Zweitens, es wird von dem Investor angeboten, auf eine offene Ausschreibung für die neue Windenergieanlage zu verzichten und nun eine Anlage, die um 10 Meter niedriger in der Narbenhöhe und durch eine getriebefreie Bauweise wesentlich geräuscharmer ist, auszuschreiben. Insbesondere was die Geräuschbelastung, aber auch die Höhe betrifft, gibt es eine Veränderung.

Drittens, es gibt das Angebot, über Fragen der Stillstandzeiten, wo es einen langen Diskussionsprozess gegeben hat, sehr einvernehmlich mit der Bevölkerung vor Ort zu einem Prozess der Abstimmung und der Bestimmung dieser Abstellzeiten zu kommen, die sehr eng in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor Ort festgelegt werden kann. Das ist eine ganz wichtige Frage, was auch die Lebensqualität vor Ort betrifft.

Es geht noch um eine weitere Frage, Herr Kollege Focke, Herr Kollege Imhoff. Wenn wir über Seehausen und Hasenbüren reden, geht es auch um die Frage weiterer Großprojekte in diesem Bereich. Es geht um die Frage der notwendigen Erhöhung der Deiche, es geht um die Frage der Weserquerung, und das alles hat mit Baustellenverkehren zu tun. Ich finde es außerordentlich positiv, dass die Firma hanseWasser als Entgegenkommen auch der Bevölkerung gegenüber angeboten hat, dass all diese Baustellenverkehre geprüft werden sollen, dass sie über das Betriebsgelände der Kläranlage zu führen sind, damit es zu einer effektiven Entlastung der Baustellenverkehre in Seehausen kommt. Ich finde es außerordentlich positiv, und dafür sollten wir uns einmal herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Auch der letzte Punkt ist wesentlich: Es sind 10 Meter weniger geworden, aber in der Vergangenheit war es so, Herr Kollege Imhoff und Herr Kollege Focke, ich habe es extra noch einmal nachgeschaut: Am 14. Dezember 2006, in der Zeit der Großen Koalition, hat die CDU gemeinsam mit der SPD mit Unterstützung der damaligen grünen Opposition einem Projekt und einem Plan zugestimmt, nach dem die Windkraftanlagen hier in

Bremen nach langen Untersuchungen endlich gebaut werden sollten. Das ist doch richtig so! Dann kann man sich davon nicht verabschieden, denn dann muss man auch sehen, dass es heute keinen anderen Standort für die Verlegung dieser Großanlage in Seehausen gibt, das ist ein Fakt, den wir zur Kenntnis nehmen müssen. Da müssen Sie, Herr Imhoff, Herr Focke, sagen, ob Sie sich davon verabschieden wollen! Dazu müssen Sie einmal Stellung nehmen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen - Widerspruch bei der CDU)

Ich sage für uns, wir tun das nicht, wir übernehmen diese Verantwortung und betreiben eine seriöse Politik, indem wir nämlich das, was wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion als ein wichtiges Ergebnis von Verhandlungen vollkommen zu Recht auch erreicht haben, in diese Diskussion einbringen. Da brauchen wir nicht diese Scheinanträge, sondern wir brauchen die sachliche Arbeit, auch die Kritik, um den Weg in der Arbeit der Deputation zu bestimmen. Dafür möchte ich ein ganzes Stück werben.

Zusammenfassend: Ich glaube, es hat sich gelohnt, dass wir alle diesen schwierigen Weg gegangen sind. Wir können konkrete Ergebnisse vorlegen, und wir können auch ein Stück hier deutlich machen, wie wir solche Prozesse in Zukunft noch besser gestalten können, nämlich gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und unter Achtung der Beiratsrechte. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja vorhin schon, als wir über den anderen Standort für die Windkraftanlage am Bremer Kreuz diskutiert haben, festgestellt, dass das Problem für Bremen als Stadtstaat ist, dass wir einfach nicht viele Flächen haben, wo wir Windkraftanlagen aufstellen können. Deswegen glaube ich, ist Repowering gerade für Bremen ein ganz wichtiger Bestandteil, damit wir unsere Klimaschutzziele erreichen können, also das Ersetzen von alten, ineffektiven Anlagen durch neue. Genau das soll am Standort Seehausen ja geschehen.

Wie bei ganz vielen anderen Windkraftanlagen, die vor Ort irgendwo errichtet werden sollen, gibt es Befürworter, aber es gibt eben auch viele Kritiker und Gegner. Man hat immer das Phänomen:

Wenn man die Leute fragt, sind alle für Klimaschutz, alle sind für Windkraft, aber am besten dann doch nicht vor der eigenen Haustür. Das ist aber nicht nur ein deutsches Problem: Wir hatten vorletzte Woche ein Treffen der Neuen Hanse Interregio mit vielen Gästen aus den Niederlanden, die von dem gleichen Phänomen berichtet haben, die aber wiederum mit einem neidischen Blick auf Bremen und Norddeutschland geschaut haben und gesagt haben, dass wir sehr viel weiter sind, was den Ausbau der Windenergie angeht als die Niederlande.

Gleichwohl, da stimme ich sowohl Herrn Focke als auch Herrn Pohlmann zu, soll man die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Das Problem, das hatte Herr Focke auch schon gesagt, gerade in Seehausen ist, dass wir dort eine Ballung von Belastungen spüren. Man hat die Baggergutdeponie, man hat die Kläranlage, man hat den Blick auf die Stahlwerke und den geplanten Bau der Weserquerung der A 281, und jetzt soll noch eine größere Windkraftanlage kleinere ersetzen. An dieser Windkraftanlage entlädt sich gerade der ganze über Jahre aufgebaute Frust. Im Prinzip gibt es die gleichen Bedenken, die uns auch vorhin schon am Autobahnkreuz Bremen von niedersächsischer Seite begegnet sind.

(Abg. Imhoff [CDU]: Das ist aber 1 000 Meter zum Wohngebiet entfernt und nicht 400 Meter!)

Herr Imhoff, es kommen trotzdem immer die gleichen Argumente, nämlich Lärm, Schattenwurf, Eisschlag, und die sind inzwischen, was Herr Focke ja auch ausgeführt hat, durchaus technisch lösbar. Es gibt beheizbare Rotorblätter, der Sonnenwinkel, der eintrifft, wird gemessen, und die Anlagen können dann ausgeschaltet werden. Ich möchte noch einmal bestätigen, was Herr Pohlmann vorhin auch gesagt hat: Es gibt in Bremen seit 1996 diese flächendeckende Untersuchung, wo man welche Windkraftanlagen in Bremen aufstellen kann. Es gibt die Windkraft Ausbaustufe 1 und 2, und da ist klar, dass es in Seehausen nicht irgendeinen Alternativstandort gibt, sondern der Ort, wo jetzt repowert werden soll, ist schon der optimale Standort auf der Fläche von hanseWasser, weil er dort schon am weitesten von der Wohnbebauung weg ist.

Zu dem Antrag der CDU ist Herr Pohlmann auf Punkt 2 schon eingegangen, dass hanseWasser und wir, die mit hanseWasser gesprochen haben, doch alle schon sehr viel weiter sind, nämlich - die Punkte hatte Herr Pohlmann schon aufgezählt - es gibt eine Größenreduzierung, die hanseWasser angeboten hat, mit dem Bau einer Enercon-Anlage, es sollen alle vier alten Anlagen abgebaut werden, das Ganze wird leiser und 10 Meter nied-

riger, der Lärmgrenzwert wird sogar bei Vollast unterschritten. Was bleibt, muss man ehrlicher Weise sagen, ist die Optik der höheren Anlage, aber ich glaube, auch da, so haben wir Gespräche geführt, kann man mit Bepflanzung als Sichtschutz, zum Beispiel in der Nähe der Grundschule, oder auch als Lückenschluss der Allee an der Landstraße, die man vervollständigt, Abhilfe schaffen.

Was wir einmal festhalten sollten, ist, erstens, dass mit den Angeboten, die hanseWasser unterbreitet hat, der Bevölkerung vor Ort ein ganzes Stück entgegengekommen wird, und, zweitens - und das ist uns sehr wichtig -, dass damit durch ein Bremer Wirtschaftsunternehmen wie hanseWasser, das gerade in der heutigen Zeit effektiv arbeiten muss, auch eine zukunftssträchtige Investition ermöglicht wird. Das sollte eigentlich auch im Sinne Ihrer Partei sein, Herr Focke und Herr Imhoff.

Herr Imhoff hat es ja vorhin bei der anderen Rede schon gesagt: Wir wollen auf Wirtschaftsfaktoren setzen, wir wollen, dass auch mittelständische Unternehmen gefördert werden. Deswegen ist es uns wichtig, dass hanseWasser vor Ort auch re-poweren kann. Mit dieser neuen Windkraftanlage ist hanseWasser zukünftig energetisch unabhängig, und das ist wichtig, wenn man sich den Preis für Energie anschaut, der zwar derzeit niedrig ist, aber, das sagen alle Energieexperten, zukünftig wieder kräftig anziehen wird. Je mehr Industrien von der Lieferung von Energie unabhängig sind, desto wirtschaftlicher werden sie in Zukunft arbeiten können. Das ist ein klarer Standortvorteil, dazu gehören nämlich auch die Sicherung von Arbeitsplätzen und der Aspekt des Klimaschutzes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD).

Ich frage auch noch einmal direkt in die Richtung der CDU: Sie haben vorhin der Windkraftanlage am Bremer Kreuz zugestimmt, obwohl es da die gleichen Bedenken gab, auch hinsichtlich der Optik. Warum wollen Sie jetzt in Seehausen diese Ablehnung?

(Abg. Imhoff [CDU]: Weil das hier 400 Meter sind, und da sind es 1 000!)

Wir haben uns hier vorhin alle zu Windkraft in Bremen und dem Ausbau der Windkraft bekannt, und dementsprechend lehnen wir Ihren Antrag ab, weil hanseWasser GmbH schon sehr viel weiter ist,

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Etwas differenzierter denken darf man doch, oder?)

sich damit Ihr Antrag auch schon erübrigt hat und weil die Windkraftanlage in Seehausen ein wichtiger Bestandteil des von der Bürgerschaft beschlossenen Klimaprogramms 2010 ist. Damit ist unsere Position klar, ich sage es noch einmal, für uns Grüne ist Repowering ein wichtiger Aspekt, um hier in Bremen die Klimaschutzziele erreichen zu können. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, die Ausführungen meiner Vorrednerinnen und Vorredner haben gezeigt, dass wir auch in diesem Bereich mittlerweile Beteiligungsprozesse haben, die den Namen verdienen und die solche möglicherweise durchaus problematischen Dinge weitestgehend einvernehmlich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern regeln. Deswegen halte ich den Antrag der CDU für überflüssig, und wir werden ihn ablehnen.

(Abg. Imhoff [CDU]: Gott sei Dank!)

Gott sei Dank, sagen Sie. Wenn es ihn gibt, hat er damit nichts zu tun, das habe ich mir schon selbst überlegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Bislang habe ich immer erlebt, dass es in den Fragen Windenergie und regenerative Energie hier im Hause ein hohes Maß an Konsens gab. Mit einem solchen Antrag, der offensichtlich dann noch einen laufenden Prozess gar nicht wirklich unterstützt, sondern der hier nur irgendwie deutlich machen soll, dass man vielleicht nicht immer für Windenergie ist, setzen Sie sich ein bisschen in eine Situation, dass Sie mit Ihrer Bundespartei verwechselt werden. Bislang habe ich große Stücke darauf gehalten, dass Sie sehr energisch und konsequent für regenerative Energien waren, meine Herren von der CDU! Aber wer so argumentiert, der setzt sich möglicherweise dem Verdacht aus, Raum für die längere Laufzeit von Atomkraftwerken zu schaffen. Das müssen Sie sich einmal überlegen, ob Sie sich mit einer solchen inkonsequenten Haltung gegenüber regenerativer Energie nicht in ein solches Licht rücken! Das würde Ihnen, glaube ich, nicht gut anstehen. - Vielen Dank!

* Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Angeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Inflation der Dringlichkeitsanträge! Nun haben zwei Fraktionen ihre Show gehabt, und ich sage einmal, wir sollten uns wirklich einmal ernsthaft Gedanken darüber machen, wann ein Dringlichkeitsantrag wirklich dringlich ist. Aber gut!

(Beifall bei der FDP)

Streit in der rot-grünen Koalition! Der Spruch stammt jetzt nicht von mir, sondern er ist der Presse entnommen. Das Thema sollte in der Baudeputation im Februar behandelt werden, es wurde abgesetzt, dann habe ich darauf gewartet, dass es im März auf der Tagesordnung steht, da erschien es nicht. Ich finde es in Ordnung, wenn Beratungsbedarf da ist, der Kollege Pohlmann hat es ausgeführt. Es ist gut, wenn man berät und vielleicht auch zu den richtigen Ergebnissen kommt und die Betroffenheiten der Bürgerinnen und Bürger, der Bürgerinitiativen vor Ort auch entsprechend dann bei der endgültigen Entscheidung berücksichtigt. Schließlich haben Beirat und Bürger massiven Widerstand gegen die Großanlage geleistet, die in den ursprünglichen Papieren geplant war. Ich will jetzt nicht wiederholen, mit welchen Argumenten das geschah.

Fakt ist, das hat die Kollegin Dr. Schaefer auch gesagt, dass in Seehausen eine Ballung von Belastungen vorhanden ist. Wenn man sich vorstellt, wäre die Anlage in dieser Größenordnung tatsächlich dort gebaut worden, und man wäre auf dem Deichweg spazieren gegangen, wären einem die Rotorblätter ziemlich knapp am Haarkranz vorbeigeschrammt. Insofern ist es gut, dass die Diskussion darüber weitergeführt wird. Aber ich sage einmal Folgendes -, ich habe das auch vorhin schon bei der Frage des Standortes Bremer Kreuz gesagt: Wir dürfen uns nicht vorstellen, dass wir durch eigene Flächenpotenziale wirklich einen nennenswerten Deckungsbeitrag durch die Windkraft in Bremen erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Ich wiederhole das noch einmal: Ich bin stolz darauf, dass das Land Bremen dort auch entsprechende innovative Technologien vorhält und auch gute Firmen hat, die entsprechend an der Weiterentwicklung der Technik arbeiten. Ich denke, da wird dann auch die Offshoretechnik den Schritt in die richtige Richtung bringen, sodass wir auch davon dann letztendlich in Bremen profitieren.

(Beifall bei der FDP)

Die Kollegin Dr. Schaefer hat vorhin von dünnem Eis gesprochen, auf dem wir uns bewegen. Ich sage einmal, Sie sollten sich schnell einmal wieder von dem dünnen Eis wegbewegen in Richtung der Realität und auf den Boden der Tatsachen zurückkommen. Wie ich den Redebeiträgen sowohl von der Kollegin Dr. Schaefer als auch von Herrn Pohlmann entnommen habe, sind schon entscheidende Schritte zu einer Einigung erfolgt. Ich hoffe, es wird auch gelingen, eine gemeinsame Basis zu finden.

Aber solange ich davon nicht überzeugt wurde - und das bin ich heute zumindest von dieser Debatte noch nicht -, kann ich nur sagen, stimmen wir dem Antrag der CDU zu. Legen Sie uns entsprechende und vernünftige Ergebnisse auf den Tisch, die dann letztendlich dazu führen, dass auch die hanseWasser GmbH vielleicht tatsächlich autark, energetisch nachhaltig die Energie, die sie in Seehausen braucht, schaffen kann. Das wäre ein wunderbarer Schritt. Ich hoffe darauf, dass es gelingt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind ja ganz friedlich gestimmt, wenn es um eine solch friedliche Energie geht. Die CDU-Fraktion, das will ich noch einmal betonen, hat nichts gegen Windkraft und auch nichts gegen Repowering. Wir finden, das ist eine richtige Maßnahme für den Energiemix, den wir brauchen. Das steht überhaupt außer Frage. Wir haben uns allerdings, das muss ich noch einmal ganz deutlich sagen, in diesem Punkt, was die Kläranlage Seehausen betrifft, seit 2006 überhaupt nicht verändert.

Lieber Herr Pohlmann, bei dem, was wir gemeinsam beschlossen haben, war die Kläranlage Seehausen als Repowering überhaupt nicht Bestandteil! Die bestehenden Windanlagen sind in Ordnung, die sind in dem entscheidenden Kompromiss auch abgesegnet worden. Aber schon 2006 ist von dem Vorgänger von Senator Dr. Loske der Antrag zum Bau einer solchen Anlage auf dem Gelände der Kläranlage abgelehnt worden. Jetzt kommt er das zweite Mal, weil gedacht wird, jetzt gibt es einen anderen Senator, und jetzt wird es besser! Wir haben uns nicht geändert, unsere Meinung ist gleich geblieben.

Ich kann nur sagen, wenn Sie zwischenzeitlich zu Ergebnissen kommen, die dem Punkt 2 unseres

Antrages entsprechen, dann sind wir auch nicht mehr dagegen. Das haben wir in Punkt 2 unseres Antrages ausdrücklich festgehalten. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass eine Anlage, die statt 153 jetzt 143 Meter groß ist,

(Abg. Pohlmann [SPD]: Nein, 139 Meter!)

wesentlich besser in das Bild, was Lärm und andere Sachen betrifft, hineinpasst. Dann muss man auch noch einmal deutlich sagen, wenn eine solche Anlage dorthin kommt, muss es gewährleistet sein, dass die Ziele, die damit erreicht werden sollen, nämlich sich völlig unabhängig von anderer Energie zu machen und alles durch erneuerbare Energien zu erreichen, was hanseWasser GmbH betrifft, dann auch erreicht werden, und das wird in den bisherigen Vorlagen nicht erreicht. Deswegen bin ich sehr gespannt, wie diese Verhandlungen weitergeführt werden. Im Grunde genommen ist das dann genau die Bestätigung des Antrages, was wir hier in Punkt 2 gesagt haben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zwei Punkte! Herr Kollege Focke, das Erste ist noch einmal zur fachlichen Klarstellung! Es ging im Jahr 2006 darum, dass Flächen ausgewiesen sind, bei denen man sich hinsichtlich der Anlagen nach einem langen Diskussions- und Suchprozess - das wissen Sie genauso gut wie alle, die dabei waren - auch auf die Standorte verständigt hat. Da gab es einen gemeinsamen, einen einstimmigen Beschluss in der damaligen Deputationssitzung. Das ist auch gut so! Ich wollte nur darauf hinweisen, dass eine Möglichkeit, die in der Diskussion bestanden hat, nämlich die geplante Großanlage auf das Gelände der Kläranlage auf einen anderen Platz im Bereich des Ortes Seehausen zu verlegen, aus den Gründen nicht möglich ist, weil hierfür schon andere Anlagen vorgesehen sind. Das bedeutet, das ist die Schwierigkeit - man muss das ganz offen sagen, Herr Kollege Focke -, damit müssen wir uns beschäftigen. Ich sage, das gehört zur Klarheit dazu. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, ich würde auch dafür werben, dass wir wirklich all die Punkte, die wir hier in anderen Bereichen debattiert haben - Frau Dr. Schaefer hat sie noch einmal angesprochen -, wo es auch um das Gesamtkonzept geht, das noch ein ganzes Stück weiter ist, als das, was Sie gerade in ihrem Antrag angerissen haben, es geht nicht nur um die Windkraftanlage, sondern es

geht auch um die Frage der Biogasanlage selbst von der Kläranlage in einer Kombination. Das ist ein hochinteressantes und, glaube ich, auch ein vorbildliches Projekt, mit dem wir hier in Bremen einmal von der Technologie her und auch von der Standortfrage her richtig punkten können. Das müssen wir auch sehen! Das hat auch eine wirtschaftspolitische Auswirkung in einem wichtigen Bereich.

Deshalb würde ich sagen, das hat die Debatte deutlich gemacht, das Beste ist, Sie ziehen Ihren Antrag zurück, und wir behandeln das weiter in der Deputation. Das wäre doch die sachliche Schlussfolgerung dieser Debatte, und dafür würde ich einfach werben, sonst sind wir meilenweit zurück. Herr Kollege Röwekamp, Sie sind ja auch einmal hier für einen Moment im Plenarsaal, das sollten Sie vielleicht auch noch einmal in Ihrer Fraktion diskutieren. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Ich möchte vielleicht vorab eine Grundsatzbemerkung zur Energie insgesamt machen: Es gibt einfach keine Energienutzungsform, die ohne Umweltfolge ist. Das ist ausgeschlossen! Bei der Atomenergie reicht das von Unfallgefahren über Strahlungsgefahren, Missbrauchsgefahren bis hin zu ungeklärten Endlagern. Bei fossilen Energien sind es Schwefeldioxid, Stickoxide, CO₂ und so weiter, die ganze Palette. Dann haben wir die erneuerbaren Energien. Bei der Windenergie haben wir das Landschaftsthema, bei der Wasserkraft haben wir andere Fragen, bei der Bioenergie haben wir das ganze Thema Monokultur und so weiter. Das heißt also, grundsätzlich gibt es immer Nebeneffekte von Energieerzeugung. Man muss aber abwägen, und am Ende des Tages, wenn man realistisch abwägt, kann man sagen, die erneuerbaren Energien liegen meilenweit vor den fossilen Energien und der Atomenergie. Das kann man definitiv sagen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Was man auch in diesem Zusammenhang sagen kann, ist: Die beste Energie ist die, die wir erst gar nicht verbrauchen. Das ist doch vollkommen klar! Wenn wir effizient Energie nutzen, müssen wir auch weniger erzeugen. Das sind schon einmal ein paar Grundvoraussetzungen, das wollte ich nur noch einmal sagen. Dass es ohne Konflikt geht, können wir vergessen.

Deswegen ist es bei den erneuerbaren Energien sinnvoll - nehmen wir jetzt einmal konkret die Windenergie, über die wir heute ja reden - sie dort hinzustellen, wo schon technische Eingriffe in die Landschaft stattgefunden haben: entlang der Autobahn, auf dem Deponiegelände, auf dem Stahlwerksgelände, in Gewerbegebieten und so weiter. Das ist doch vollkommen klar, und genau nach dem Prinzip verfahren wir hier, das war bei dem anderen Thema schon der Fall und das ist auch jetzt wieder der Fall. Das heißt, Windenergieanlagen sind idealerweise dort hinzusetzen, wo schon technische Artefakte in der Landschaft stehen. Das ist eine vernünftige Ausrichtung.

Jetzt konkret zu der Sache, über die wir hier heute reden! Wir begrüßen ausdrücklich, dass die hanseWasser GmbH sich aufgemacht hat, praktisch zu einem energieautarken Unternehmen zu werden. Sie erzeugt heute schon einen großen Teil der Energie durch Biogas und Kofermentation auf dem Klärwerksgelände selbst, und sie will jetzt durch diese leistungsstarke Windenergieanlage im Wesentlichen energieautark werden. Ich finde, wir sollten dieses starke Bremische Unternehmen in seinem Bestreben ausdrücklich unterstützen.

Ich finde, es ist auch wichtig und gut - das ist ja auch schon mehrfach gesagt worden -, dass diese Windenergieanlage ein ganz wichtiger Bestandteil des Klimaschutzprogramms ist, was sowohl der Senat als auch dieses Hohe Haus hier vor ganz kurzer Zeit verabschiedet haben. Das halte ich für sehr wichtig, und ich glaube auch, dass es ein schlechtes Signal wäre, an dem Topstandort für Windenergie und Technologie Bremen/Bremerhaven eine derartige Diskussion zu führen, die nach dem Prinzip verläuft. „Heiliger St. Florian, verschone mein Haus, zünde andere an!“. Ich glaube, das wäre keine gute Strategie.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Imhoff?

Senator Dr. Loske: Selbstverständlich!

Präsident Weber: Bitte, Herr Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, genau auf dieses Prinzip möchte ich gleich eingehen. Ist Ihnen denn bekannt, dass, wenn man in Seehausen oder Hasenbüren um ein Haus herumgeht, man mindestens acht oder neun Windkraftanlagen sieht?

(Senator Dr. Loske: Ja, das ist mir bestens bekannt!)

Das finde ich ja schön, aber dann kann man eigentlich nicht nach dem Grundsatz handeln, da sind sowieso schon genug, dorthin kann jetzt noch mehr Belastung!

Senator Dr. Loske: So habe ich das auch nicht gesagt! Sie müssen genau hinhören! Ich habe gesagt, man soll technische Einrichtungen wie Windenergieanlagen dort hinstellen, wo schon andere technische Einrichtungen, Gebäude und so weiter in der Landschaft stehen. Das ist vor allen Dingen entlang von Autobahnen, in Gewerbegebieten, auf dem Deponiegelände, auf dem Klärwerksgelände, bei der Schlickdeponie und so weiter der Fall. Zumal noch hinzukommt - das wurde gerade sowohl von Herrn Pohlmann als auch von Frau Dr. Schaefer gesagt -, dass die hanseWasser GmbH ganz offenkundig dazu bereit ist, sich zu bewegen.

Sie sagen: Wir sind bereit, bei der Höhe von 150 auf 140 Meter herunterzugehen. Sie sagen: Wir sind bereit - sagen wir es einmal ruhig, es ging ursprünglich um eine Siemens-Anlage -, jetzt eine Enercon-Anlage zu nehmen, die ganz besonders geräuscharm ist. Dazu komme ich gleich im Detail. Sie sagen: Wir sind zu einem kompletten Repowering bereit. Wir nehmen also alle vier alten Anlagen weg und setzen eine große, leistungsstarke dort hin. Die visuelle Belastung von vier sich schnell drehenden Rädern ist wesentlich höher als die eines sich langsam drehenden Rades.

Insofern würde ich die Frage ganz klar so beantworten: Ich weiß, wie es in Seehausen aussieht, ich weiß auch um die Gefühlslage, was auch schon mehrfach genannt wurde. Stahlwerk, Schlickdeponie, Kläranlage, Weserquerung, das ist ein Problem - ich komme gleich zu dem Thema Bürgerbeteiligung -, aber glauben Sie nicht, dass diese Planung vom grünen Tisch aus gemacht worden ist! Die Fachleute aus meiner Behörde sind mehrfach dort gewesen. Ich habe es mir selbst auch schon angeschaut, sonst würde ich es auch nicht unterstützen.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Imhoff?

Senator Dr. Loske: Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Haben Sie denn geplant, die Windkraftanlage am Jachthafen - da steht ja auch noch eine kleinere, etwa so groß wie die auf dem Klärwerksgelände - auch zu repowern?

Senator Dr. Loske: Ich bin ja nicht derjenige, der das macht, sondern das sind private Investoren. Wir sind die Genehmigungsbehörde, wir machen im Moment nichts anderes, als einen Bebauungsplan bereitzustellen. Insofern kann ich die Frage nicht beantworten.

Ich würde aber jetzt gern, wenn Sie erlauben, Herr Präsident, zu meinem Manuskript zurückkehren. Ich wiederhole noch einmal: Ich finde es sehr gut, dass hanseWasser auch in Gesprächen mit Bürgerschaftsabgeordneten signalisiert hat, dass sie bei diesen Themen Zugeständnisse machen will, Höhe, Lärm und Repowering, ich glaube, das ist absolut angezeigt.

Noch einmal kurz die Fakten zu den vier umweltrelevanten Themen: Wie sieht es aus mit dem CO₂? Wenn diese Maßnahme realisiert wird, werden 5 000 Megawattstunden zusätzlicher Stromertrag in Bremen produziert. Das entspricht dem Jahresverbrauch von 2 000 Haushalten und reduziert den CO₂-Ausstoß um 4 250 Tonnen pro anno. Das ist auf der Klimaseite schon einmal eine sehr positive Bilanz.

Beim Thema Lärm ist es so, dass umfangreiche Gutachten vorgenommen worden sind. Entgegen den Aussagen in Ihrem Antrag, Herr Focke, wo es heißt, es gebe noch jede Menge ungeklärte und unbefriedigende Fragen - wie Fragen unbefriedigend sein können, weiß ich nicht, egal, jedenfalls steht es dort so -, erfüllt die geplante Anlage die Genehmigungsvoraussetzung nach der TA Lärm, da der windgeschwindigkeitsabhängige Immissionspegel der geplanten Windkraftanlage einschließlich zulässiger Windkraftanlagen auf den Vorrangflächen C und D gemäß der 76. Flächennutzungsplanänderung - ich zitiere wörtlich - „zu keinem Zeitpunkt die ständig vorhandenen Fremdgeräusche überschreitet“. Ich finde, das ist eine sehr dezidierte Aussage.

Zum Thema Schattenwurfimmissionen! Auch hier sind Gutachten angestellt worden. Die geplante Windkraftanlage soll mit einem Schattenwurfabschaltmodul - so heißt das - ausgerüstet werden, sodass der Schattenwurf sich absolut innerhalb der üblichen Richtwerte bewegen kann.

Es bleibt letztlich noch - das hat Frau Schaefer auch gesagt - der Eingriff in das Landschaftsbild, der nicht von der Hand zu weisen ist. Es ist Realität und wäre die Unwahrheit, wenn man das nicht sagen würde. Aber in der Gesamtabwägung der verschiedenen Aspekte, der klimapolitischen, der energiepolitischen und auch der unternehmens-

bezogenen, glaube ich, ist diese Anlage zu rechtfertigen.

Kommen wir abschließend zur Frage der Bürgerbeteiligung! Ich hatte ja schon gesagt, meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind im Zuge der sogenannten frühzeitigen Bürgerbeteiligung dort gewesen, es hat Gespräche gegeben, die Bedenken sind vorgetragen worden. Aber zu dieser Sache noch einmal ganz klar, Herr Focke: Es konterkariert Ihre letzte Argumentation. Denn bei dem letzten Thema haben Sie gesagt, es sei alles nur Schau, was von den Koalitionsfraktionen zum Brilltunnel vorgetragen wird. Was Sie hier machen, ist nichts anderes als ein Verfahren, in dem im Rahmen der Deputation - Herr Pohlmann hat es beschrieben - ganz klar das Für und Wider besprochen wird - -. Ich rede über die Deputation und nicht über die neuesten Sachen, die jetzt gerade vorgestellt worden sind. Da sagen Sie alle, da gibt es irgendwo Widerstand, lassen Sie uns die Sache sofort abbrechen. Ich würde sagen, so kann man keine Politik machen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/304 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Mit der Beratung dieses Punktes ist die Tagesordnung der Stadtbürgerschaft abgearbeitet.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 16.04 Uhr)